

Bezugspreis:

Wochenschrift 12.-M. monatlich 12.-M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 12.-M. einjähr. 120.-M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wort und Bild“, der Unterhaltungsbeilage „Hermes“ und der Beilage „Scheidung und Kienpfeifer“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertage einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97 Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 22. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigenteilung Moritzplatz 11753-54

Abschied von Deutschland!

Königshütte, 21. Oktober. (WB.) Die deutschen Parteien und Gewerkschaften von Königshütte haben folgendes Telegramm an den Reichskanzler in Berlin geschickt: Das Unrecht ist Wirklichkeit geworden. Die deutsche Stadt Königshütte ist vom alten Vaterland losgerissen. Auch unter der Fremdherrschaft werden wir unser Deutschtum wahren und mit den Brüdern und Schwestern im Reich eines Sinnes sein.

Gleichzeitig erlassen die Abender dieser Kundgebung folgenden Aufruf: Deutsche Bürger von Königshütte! Das bisher Unglaubliche ist eingetreten. Unsere Stadt, die zu 75 Proz. deutsch ist, wird gegen unseren Willen und gegen unser klarstes Recht einem fremden Staat zugeteilt. Unsere Zukunft müssen wir neu schaffen. Ertragt die schweren Tage der Uebergabe mit Ruhe, bewahrt eure Würde und vergeht nicht, daß ihr Deutsche seid. Schließt euch enger als je zusammen!

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften von Königshütte.

Breslau, 21. Oktober. (TU.) Der Oberbürgermeister hat angeordnet, daß sämtliche städtischen Gebäude, einschließlich der Schulen, auf Halbmaß oder mit Trauerflor zu laggen sind.

Oberschlesiens nächste Zukunft.

Paris, 21. Oktober. (TU.) Der polnische Gesandte in Paris hat heute einem Redakteur des Bureaus Joumier folgende Erklärung gegeben: Polen wird die Genuß Entscheidung annehmen. Ihm liegt nur eins am Herzen: die größten Vorteile aus dieser Entscheidung zu ziehen und zu arbeiten. Wir werden uns bemühen, mit unseren Nachbarn freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Diejenigen Deutschen, die als Landgutbesitzer auf unserem Gebiete verbleiben, werden keinen Befähigungen ausgeübt sein. Wir werden die politische und landwirtschaftliche Organisation des uns zugewiesenen Gebietes schrittweise vornehmen, um allmählich die Einheit des polnischen Vaterlandes herzustellen.

Es liegt wohl an lädenhafter Uebermittlung, daß bloß deutsche Landgutbesitzer in Ruhe gelassen werden sollen. Die Pariser Note stellt allen Bemohnern volle Sicherheit in Aussicht.

Kattowitz, 21. Oktober. (TU.) Die Stadt Kattowitz wird der Sitz der polnischen Wojewodschaft werden. Die bisher im Beuthener Lomnich-Hotel residierende Geschäftsstelle des Obersten polnischen Volkerrates siedelt nach Kattowitz ins Hotel „Deutsches Haus“ über.

Starost des Kreises Kattowitz wird der Gewerkschaftsbeamte Rymer, der jetzige Vorsitzende des polnischen Volkerrates, Bürgermeister wird Stadtrat Dr. Gornik. Als Polizeipräsident wird zunächst ein höherer französischer Offizier fungieren.

Rundgebung des Zentrums.

Die ober-schlesischen Abgeordneten der Zentrumsfraktion des Reichstages und des preussischen Landtages (gez. Pfarrer Ullrich) richteten folgende Kundgebung an ihre Wähler:

Die Entscheidung, wie sie jetzt durch die amtliche Bekanntmachung der Volkshoheitkonferenz veröffentlicht worden ist, übersteigt alle Befürchtungen, die wir für unsere Heimat schon in den letzten Wochen gehegt haben. Eure Abgeordneten und die Zentrumsfraktionen des Reichstages und des preussischen Landtages verstehen nur zu gut euren Schmerz und eure Enttäuschung und teilen sie mit euch aufrichtigen Herzens. Es bedarf wohl weiter keiner ausdrücklichen Versicherung, daß wir restlos bemüht sind, das über uns hereingebrochene Unglück noch in letzter Stunde abzumenden. Wir werden dabei unterstützt durch das volle Verständnis der Zentrumsfraktion des Reichstages und der des Landtages, die ebenso unablässig tätig sind, die Interessen der Oberschlesier nach allen Seiten hin und mit allen Kräften zu wahren. In diesem Sinne bitten wir euch, wie bisher Vertrauen zu uns und unserer Arbeit zu haben, Ruhe zu wahren und alle unüberlegten Schritte zu vermeiden.

Reichstagsfraktion und Parteiauschuß.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beriet gestern gemeinsam mit dem Parteiauschuß. Die schon bekannte Stellungnahme der Fraktion in der Regierungsfrage fand auch in dieser gemeinsamen Sitzung einmütige Zustimmung.

Fortgesetzte Kabinettsberatung.

Berlin, 21. Oktober. (WB.) Das Reichskabinett trat heute abend zusammen, um seine Beratungen über die ober-schlesische Frage fortzusetzen. Die beteiligten Ressorts erstatteten Bericht über die wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und sozialen Folgen der von der Volkshoheitkonferenz getroffenen Entscheidung. Darauf trat das Kabinett in die Besprechung der politischen Gesamtlage ein.

Das Kabinett wird seine Beratungen, die bis in die Nacht hinein dauerten, morgen nachmittag fortsetzen.

Gesamtausperrung im Buchdruckgewerbe.

Die Verhandlungen im Zeitungskonflikt haben den gestrigen Tag voll ausgefüllt. Alle Bemühungen, zu einer Einigung zu kommen, sind ergebnislos verlaufen. Das Personal der Firma Mosse beharrt ebenso auf seinem Standpunkt, der in der gestern gefassten Entschliessung, die wir abends mitteilten, zum Ausdruck kommt, wie die Firma selbst. Der Reichsarbeitsminister sah sich ebenfalls veranlaßt, seine Bemühungen, den Streit zu schlichten, aufzugeben und auch ein von anderer Seite unternommener Versuch, in später Abendstunde noch zu einer Einigung zu kommen, kann als gescheitert betrachtet werden. Die Unternehmer haben jetzt den Beschluß gefaßt, das Personal sämtlicher Buchdruckereien auszusperrern. So ist denn gestern in einer großen Reihe Berliner Buchdruckereien, unter denen sich wichtige Zeitungsbetriebe befinden, dem gesamten Personal gelündigt worden.

Wir haben es bisher unterlassen, in dem Konflikt zwischen Mosse und seinem Personal Stellung zu nehmen, um in Anbetracht der politischen Ereignisse einer Einigung auch nicht die geringsten Schwierigkeiten zu bereiten. Wir haben uns lediglich darauf beschränkt, über die Dinge zu berichten, aber schon am Mittwochmorgen haben wir uns veranlaßt, die Frage aufzuwerfen, ob es sich bei der Mosse-Ausperrung nicht um eine Machtprobe der Unternehmer handelt. Die Ereignisse der letzten Stunden scheinen diese Frage mit ja beantworten zu wollen. Wegen eines ganz geringen Konfliktes, in dem es sich nur um ein paar lumpige Mark handelt, läßt das Zeitungskapital einen Kampf entbrennen, der gerade in diesen Tagen außerordentlich schädlich wirken muß. Wie überall, so glauben auch im Buchdruckgewerbe die Unternehmer die Zeit für gekommen, um einen entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft zu führen. Aber diese Meinung ist irrig. Die Ullstein und Scherl, die Mosse und Stinnes mögen es sich gefaßt sein lassen, daß die gesamte Berliner Arbeiterschaft hinter den ausgesperrten Buchdruckern steht und daß sie den Schlag, der nicht nur die Buchdrucker, sondern die gesamte Arbeiterschaft treffen soll, mit der ganzen Kraft parieren wird, die in ihr wohnt.

Die „Vereinigten Zeitungsverleger Groß-Berlins“ nehmen in einer umfangreichen Erklärung Stellung zu dem Konflikt und begründen den Ausperrungsbeschluß. Sie weisen darauf hin, daß die Solidarität der Zeitungsverleger gebot, den Versuch zu machen, das „Berliner Tageblatt“ in anderen Druckereien herstellen zu lassen. In

den Betrieben, wo diese Streikarbeit abgelehnt wurde, sei „wegen unberechtigter Arbeitsverweigerung die schärfste Entlassung der an der Herstellung der Zeitungen beteiligten Personale“ ausgesprochen worden. Nach derselben Erklärung hat der Verein der Berliner Buchdruckereibesitzer „gleichfalls zur Befundung einer Solidarität mit den Zeitungsverlegern die Kündigung der technischen Belegschaften mit der tariflichen achtstägigen Kündigungsfrist beschloffen“. Die Zeitungsverleger beteuern, daß ihnen der Entschluß der Entlassung sehr schwer geworden sei, besonders „in Erwägung der überaus ernsten politischen Verhältnisse“.

Zur Entstehung des Streites wollen wir uns heute nicht mehr äußern, darauf kommt es jetzt nicht an. Der Konflikt war ursprünglich auf die Firma Mosse beschränkt und konnte auf sie beschränkt bleiben, aber die Unternehmer erklärten ihre Solidarität mit Mosse. Ebenso taten die Arbeiter, was ihre Arbeiterehre gebot: sie übten Solidarität. Aus der Erklärung der Zeitungsverleger geht sehr klar hervor, daß sie von vornherein gewillt waren, eine Machtprobe herbeizuführen. Sie wußten, daß die Arbeiter ihren Kollegen von Mosse nicht in den Rücken fallen würden und haben dennoch den Versuch gemacht, Streikarbeit herzustellen zu lassen. Nicht um den Tarif zu retten, sondern um einen Grund zur Kriegserklärung zu bekommen, haben sie diesen Schritt unternommen, der zu dem Kampf führte, den sie wohl wollten.

Solidaritätskundgebung der Hilfsarbeiter.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter hatte zu gestern abend eine Mitgliederversammlung einberufen, in der Bloch über den Stand des Zeitungskonfliktes berichtete. Nach der Schilderung der Entstehung des Konfliktes und nach der Mitteilung über die Ausperrung lagte der Redner; Nachdem die Unternehmer diesen Weg beschritten haben, wird die Organisationsleitung wissen, was sie zu tun hat. Die Kollegenschaft möge sich nicht in Erregung bringen lassen und die Anweisungen der Organisationsleitung abwarten.

In der Aussprache bekundeten alle Redner ihre volle Sympathie mit den Ausgesperrten. Man war sich darüber einig, daß auch die Hilfsarbeiter einmütig zusammenstehen werden, wenn ihnen der Kampf aufgegeben werden sollte. Beantwortet wurde zur Unterstützung der ausgesperrten Arbeiterschaft von Mosse von den männlichen Hilfsarbeitern 5 M. und den weiblichen 3 M. Extrabeiträge zu erheben und hiervon 42 000 M. für den gedachten Zweck bereitzustellen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Ablehnen — und dann?

Im Reichstag wurde gestern abend erzählt, die Deutsche Volkspartei habe einen Beschluß gefaßt des Inhalts, daß die Entscheidung über Oberschlesien nicht angenommen werden dürfe. Als aber dann in etwas späterer Stunde der Bericht von WB. kam, sah die Sache doch etwas anders aus. Es wurde nämlich gemeldet:

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat am Freitag nachmittag folgenden Beschluß gefaßt: Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat von den bekanntgewordenen Erklärungen der Entente über die ober-schlesische Entscheidung Kenntnis genommen. Die Fraktion sieht in dieser Entscheidung eine Mißachtung der Volkswahl und eine Verletzung des Versailler Vertrages und lehnt diese Entscheidung einstimmig ab.

Daß dieser Beschluß einstimmig angenommen wurde, ist kein Wunder. Wäre ein solcher Antrag in der sozialdemokratischen Fraktion gestellt worden, er hätte gleichfalls einstimmige Annahme gefunden, und vermutlich wäre die Sache bei den Unabhängigen auch nicht anders gelaufen.

Auch der Reichstag selbst könnte diesen Antrag einstimmig zum Beschluß erheben, wenn — ja wenn der Reichstag darüber zu entscheiden hätte, ob die Entscheidung über Oberschlesien gelten soll oder nicht. Aber das scheinen die scharfsinnigen Politiker der Deutschen Volkspartei übersehen zu haben, daß die Entscheidung über Oberschlesien nicht der Beschlußfassung des Reichstages unterliegt — und das ist leider der springende Punkt.

Man hat uns gar nicht gefragt, ob wir Ja oder Nein sagen werden, sondern man hat uns einfach gesagt: „So ist es!“ Es wird uns nichts zur Annahme vorgelegt, sondern es wird eine Verfügung getroffen, und wenn wir nicht nach dieser Verfügung handeln, werden uns Zwangsmassnahmen angedroht. Unter diesen Umständen zu sagen: „Wir lehnen das ab!“ ist entweder eine absichtlich gewählte unklare Ausdruckweise oder eine Kindererei.

Innerlich lehnen wir alle die Entscheidung über Oberschlesien ab, und diesem Gefühl in Worten Ausdruck zu geben, ist ungefährlich. Die Kernfrage aber ist, ob die politische Handlungsweise Deutschlands diesem Gefühl folgen darf, und darauf gibt die Entschliessung der Deutschen Volkspartei keine Antwort. Ob man sich dem Zwang beugen, ob man Widerstand leisten oder ob man zu verhandeln versuchen soll, um sich dann zwischen Unterwerfung und Widerstand zu entscheiden, das ist die Frage!

Man sucht in den Worten der Weissen Rat und findet keinen! Wenn damit das Meisterstück geliefert sein soll, mit dem die Deutsche Volkspartei ihren Verus als Reiterin des deutschen Volkes beweisen will, so ist er mißlungen.

Trotzdem wächst die Wahrscheinlichkeit, daß schließlich an Stelle des Kabinetts Birth eine rein bürgerliche Regierung zustande kommt, in der dann naturgemäß der Rechten die Führung zufallen wird.

Das Kabinett Birth kann nur bleiben, wenn sich seine Mitglieder über die nächsten zu unternehmenden Schritte einig werden, und wenn im Reichstag eine Mehrheit vorhanden ist, um seine Politik zu stützen. Damit soll nicht gesagt oder angedeutet sein, daß im Kabinett Meinungsverschiedenheiten vorhanden wären, denn bisher hat es ja nur die Pariser Note durchberaten, über seine künftige Haltung aber noch nicht beraten, geschweige denn beschloffen. Diese sichtlich rechtshode der Beratung ist nur zu billig, denn wo es um Kopf und Kragen des Volkes gehen kann, darf man nicht mit Hurra Beschlüsse fassen, von denen man nicht weiß, was aus ihnen folgt.

Wenn eine außerhalb der Regierung stehende Fraktion einen Beschluß faßt, wie der der Volkspartei, so nützt das nichts, aber es schadet auch nichts. Ein ähnlicher Beschluß einer verantwortlichen Regierungspartei könnte nur verhängnisvoll sein.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die jetzt mit dem Parteiauschuß gemeinsam berät, ist bereit, jeden ernsten Vorschlag, der ihr gemacht wird, ernstlich zu prüfen. Aber es läßt sich nicht verhehlen, daß ihr Optimismus in dieser Beziehung stark begrenzt ist, und daß sie einen Vorschlag, der Deutschland einen Ausweg aus seiner furchtbaren Lage zeigt, nicht kennt. Besteht aber nicht die Möglichkeit, einen solchen Ausweg zu finden — was bleibt dann übrig? Protesteklärungen können in die Zukunft wirken, aber sie können an den harten Tatsachen der Gegenwart nichts ändern.

Nichts wäre schlimmer, als wenn die Regierung Birth zu einheitlichen Beschlüssen über die künftige Politik nicht kommen könnte, und wenn dann eine Regierung käme, die erst recht nicht weiß, was sie will. Mit einer solchen Regierung müßte man aber nach dem Sturz Births rechnen, dafür ist der Beschluß der Deutschen Volkspartei ein Symptom.

Dieser Beschluß drückt ein Gefühl aus. Aber er zeigt keinen Weg.

Is Ihnen bekannt . . . ?

Wie Ludendorff nicht schnell genug Waffenstillstand bekam

Die deutsch-nationale Geschichtslegende über die Ursachen des Zusammenbruchs ist nur möglich geworden, weil im Volk die Borgegeschichte des Waffenstillstands teils nie bekannt geworden, teils vergessen worden ist. So können die Deutschmonarchisten in ihrer Propaganda heute behaupten, wir hätten im Herbst 1918 noch lange Widerstand leisten können, wenn nicht die Revolution gekommen wäre. Ist den Verbreitern dieser Behauptung bekannt, daß in einer Besprechung beim Reichskanzler am 10. Oktober 1918 der Staatssekretär Solff folgendes (laut amtlichem Protokoll) vorgelesen hat:

Ich habe Ludendorff gefragt, können Sie noch drei Monate die Front halten? Ludendorff hat gesagt: Nein. Darum wollen wir prinzipiell eingehen auf die feindliche Räumungsforderung. (Es handelt sich um die Räumung der besetzten Gebiete)

Ist den Verbreitern der Behauptung, wir hätten noch lange weiterkämpfen können, bekannt, daß in einer Besprechung beim Reichskanzler vom 9. Oktober 1918 (laut amtlichem Protokoll) der Oberst Heye im Auftrage der Obersten Heeresleitung folgendes gesagt hat:

Es wäre Hazardspiel der DSA, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte. Es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten. Es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Helfen Sie uns an einem Faden, ob Durchbruch gelang. Dringende Bitte, nicht von Nervosität zu sprechen. Schritt zum Frieden, noch mehr zum Waffenstillstand ist unbedingt notwendig. Truppe hat keine Ruhe mehr. Unberechenbar, ob Truppe hält oder nicht.

In derselben Sitzung hat Ludendorff ausgeführt, daß die Verteidigung teurer sei als der Angriff. Beim Angriff unsererseits hätten die Gegner höhere Verluste als wir, bei der Verteidigung aber sei es umgekehrt. Das dürfte besonders die Kreise interessieren, die meinen, man hätte in der Defensive endlos ausharren können. — In der Sitzung wurde durch den Staatssekretär Graf Noe dorn darauf hingewiesen, daß wir die Donaufront nicht halten könnten und dann von den rumänischen Vorräten abgetrennt werden würden. Er fragt Ludendorff nach der Höhe der deutschen Vorkämpfer. Das amtliche Protokoll verzeichnet folgende Antwort:

Ludendorff: Marine 10 Monate, Heer für Luftzeuge 2 Monate.

Die rumänischen Ölquellen waren tatsächlich gleich darauf verloren, ebenso die galizischen mit Oesterreichs Kapitulation. Beim Weiterführen des Krieges hätte also spätestens im Dezember Deutschland den Luftkrieg wegen Mangels an Benzin einstellen können. Wie wollte man dann gegen die feindlichen Fliegerverbände weiterkämpfen?

In derselben Sitzung vom 9. Oktober trug der Reichskanzler Graf von Helldorf vor, daß er gern noch mit dem Friedensschritt gewartet hätte. Er sagte laut Protokoll:

Im Verlauf dieser Unterredung (vom 1. Oktober) habe er mehrmals an die DSA im Großen Hauptquartier die telefonische Anfrage richten lassen, ob nicht mit der Note gewartet werden könne. Er kauf sei vom General Ludendorff die telefonische Antwort erteilt worden, wenn er, der Prinz, am nächsten Morgen um 10 Uhr noch nicht Reichskanzler sei, so solle lieber der Vizekanzler Herr v. Payer die Note unterzeichnen.

Oberst v. Häftten als Vertreter der DSA erklärte auf Anfrage diese Darstellung für richtig. Staatssekretär Dr. Solff gab seinerseits folgende Darstellung:

Er habe ebenfalls den Feldmarschall v. Hindenburg gefragt, ob wir nicht acht oder wenigstens vier Tage Zeit hätten. Der Feldmarschall habe erwidert, darauf könne er keine bestimmte Antwort geben und seine Erwiderung mit den Worten geschlossen:

„Machen Sie schnell, machen Sie schnell!“

„Der fliegende Holländer“.

Charlottenburger Opernhaus.

Wagners „fliegender Holländer“ wächst inhaltlich unserer Zeit und ihren Stimmungen immer mehr entgegen, entfernt sich dafür musikalisch von der Gegenwart, die der späte Wagner fundierte, bedenklich. Das Bismarck ist unseren psychologisch geschulten Ältern in Märchen und Wirklichkeiten nicht mehr unerklärbar. Das treibende Motiv aber, das den Wasserdämon des Meeres nicht sterben und nicht menschlich leben läßt, den grausamen Fluch verstehen wir nicht ganz. War es ein Verbrechen, das Kap zu umsegeln? Nehmt es als ein Symbol der Auflehnung gegen göttliche Macht und Bestimmung; Wagner hat es wohl so gedacht, wenn auch nicht gedichtet. Ein faulischer Drang nach Unendlichkeit, nach Entfesselung von göttlichen Geheimnissen hat den Satan als Gegenkraft angelockt. In der Treue des Weibes sein Leben geadelt und geführt zu sein, das ist ein Abwerfen des Mannesbündels, das ist Fluch und Ite Segen zugleich.

Der Regisseur hat das Wort. Er braucht nur nachzulesen, was Wagner, der Meister aller Operntexte, in der Partitur, was er in einer seiner kleinen Schriften vermerkt hat. Diese Oper muß mit allen Raffiniertheiten der Beleuchtung und des Spuks gespielt werden. In Charlottenburg erreicht die Szenerie einen vorbildlichen Grad der Vollendung, so daß Natürlichkeit und Maschinenrie in eins verweben. (In dieser Stelle ist schon davon gesprochen worden.) Die Silhouette des Holländer-Schiffes, seine langsame Materialisierung, das Wandern der Wellen, die automatische Bewegung der Segel und Schiffskörper, all das im Gleichmaß mit der farbengehaltigen Musik: eine die Spannung außerordentlich fördernde Reihe gelungener Effekte. Hier ist mit Recht dem Theater gegeben, was des Theaters ist.

Im Textbuch ist fast für jede Bewegung und jeden Schritt des Holländers eine Anweisung gegeben. In Bayreuth folgt man dem Buchstaben; Berlin und von Hoy beweisen, daß so der Eindruck der Härte ist. Franz Keilinger ist nicht von so großem Format und es gelangt ihm nicht immer, die Starre, Bewegungslosigkeit, die Schicksalsruhe des Gemarterten auch noch im Akt so darzustellen, daß Erschütterung aus paßt. So verliert er zu beten, was in der dämonischen Selbstlosigkeit die besten Akzente fände. Im Gefangenenstand er seinen Mann und seine ehemals nahe Stimme gab Bestes ausgeglichen her. Gegen ihre Natur hatte die Salvatini ebenso zu kämpfen wie gegen die großen Berliner Vorbilder. Blond das Haar und schwarz die Augen: so auch die Charaktermischung. In der Stimme jene Schärfe, die das träumerische Nordlandsmädchen mit einer Südländerin wandelt. Senta soll nicht sentimental sein und das war die Salvatini auch nicht. Aber die Wertwürdigkeiten ihres Wartens, Träumens, Handens, die feinsten Kräfte zur Erlösungswelt erwachen nicht aus solcher Leidenschaft, sondern aus der Realität. Die Salvatini ist eine wissende, ist eine bewusste, keine aus dunklen Unterströmungen welfernem Träumens und Halluzinieren erwachende Senta. Also überhaupt keine Senta. Auch sie vertritt sich von hohem Reiz, momentan ergreifend. In der von Krafft sehr sorgfältig vorbereiteten Aufführung hatten sogar die Matrosenhöre Schneid,

Auch dies mußte Oberst v. Häftten als richtig zu gestehen. Vizekanzler v. Payer bestätigte gleichfalls die Darstellung des Prinzen Graf von Helldorf und bemerkte: Das Telefonat sei keineswegs das einzige Drängen gewesen.

„Die falsche Front“.

Das Blatt der rheinisch-westfälischen Montanindustriellen, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, faßt sich verpflichtet, uns wegen unserer Haltung zur Kredithilfe der Industrie anzugreifen. Sie bezeichnet unsere Kritik an dem Vorgehen der Industriellen als falsche Front; wir verlagten den Unternehmern Anerkennung für den guten Willen — meint sie — und unsere Angriffe müßten sich gegen „unsere Feinde“ richten, die die Reichsmark und das Volk in den Abgrund stürzten.

Mit Verlaub: Anerkennung verdient die Tat, nicht das Wort. Unter den Leitern der Verhandlungen befindet sich ein Mitglied der Industrie, das einmal begehrt die Unternehmer zur Mitarbeit an der Sozialisierung aufrief. Wir verzeichneten das damals mit Anerkennung. Heute ist der Mann in jeder Beziehung einwandfreie Stütze der Unternehmer gegen Sozialisierung.

Diese Erfahrung hat uns gegen die Zusagen des Reichsverbandes etwas skeptisch gestimmt. Die Zweifel wurden bestätigt durch das Gleiten des Angebotes — man nannte verschiedene Summen — und durch die auffallende Bestissenheit der Unternehmer, ja um Gottes Willen dem Reich nicht zu viel Recht über die Kredite zuzugestehen. Gewisse Vorstände der Unternehmer gegen die Sozialisierung und die Propaganda für die Privatisierung der Eisenbahnen, die unglücklichen Einwände gegen die Erfassung der Sachwerte, der Vorschlag zur erhöhten Besteuerung gemeinwirtschaftlicher Betriebe zeigten die Richtung, in der die Industrie arbeitet, zur Genüge.

Nein, auf dieses Spiel können wir uns nicht einlassen. Auch nicht auf das andere, die breiten Massen mit Heharikellen gegen den „verfluchten Feindbund“ einzulassen und sie darüber hinwegzutäuschen, daß sie, Arbeiter, Angestellte, Rentner es sind, die zahlen, während der Besitz verbleibt.

Wir fordern die Revision des Versailleser Vertrages — aber nicht mit schlecht verhehlten Kriegsdrohungen, sondern mit den Interessen der ganzen Welt. Nicht Mitleid wollen wir, sondern Erkenntnis, daß es eben so nicht geht, soll nicht die ganze Weltwirtschaft Schaden nehmen.

Und um dieser Erkenntnis trotz aller Opfer, die es das deutsche Volk mit Ausnahme der Großaktionäre und der Geldgeber der „Bergwerkszeitung“ kostet, Raum zu verschaffen, bedarf es der Sachwertsteuer, des letzten Kraftaufgebotes.

Oftmals glauben wir, daß die Kredithilfe Erleichterung bringen kann und wir denken nicht daran, sie unmöglich zu machen. Wir verkennen auch nicht die Größe des Augenblicks, wo die gesamten deutschen Erwerbsstände sich zusammenschließen, um dem Reich zu helfen. Weileibe nicht. Aber wir halten es mit dem gewählten Revisor, der sein Urteil über den Gast erst abgibt, wenn er gezahlt hat.

Im Trüben gesteht. Die „Deutsche Zeitung“, die u. a. auch das Blatt der baltischen Barone ist, bringt einen aus Riga datierten eigenen Bericht, in dem antwortend an die Mitteilung, daß das Haus der baltischen Ritterschaft durch Brand völlig zerstört worden ist, allerdings Schmähen und Verdächtigungen ausgesprochen werden, die sich gegen die Träger der lettischen Staatsgewalt richten. Nachdem nacheinander „Brandstiftung durch Bolschewisten“ und „Fahrlässigkeit der rumänischen Staatserhalter Elemente“ als Ursachen des Unglücks, das auch wir tief bedauern, angegeben werden, gibt der Korrespondent zu verstehen, daß — dies alles nur Vermutungen sind. Positives weiß man also nicht, aber man verleiht darauf los, in der Hoffnung, damit die deutsch-lettischen Beziehungen zu trüben und damit die Geschäfte der lettischen Junker zu besorgen.

und der Daland Schöpflins ging, lebhaft spielend, an den komischen Grenzen seiner Rolle haarsträubend vorbei. Paul Payer war und wurde gar nicht lyrisch, seine beiden Auftritte hatten Charakter und Spannkraft.

Und das Werk? Ein genialer Versuch, von Meyerbeer wegzukommen. Ein großartiges Stück flammender Musik. Ein taubendes Musikdrama. Der „Ring“ hat diesen herrlichen Anfänger erdroffelt und den Genius freigemacht! Kuri Singer.

Wie August Gaul arbeitete. Dieser größte moderne Meister der Tierplastik hat seinen Ausgang nicht von der Akademie genommen, sondern vom Handwerk, und seine ursprüngliche Tätigkeit als Zirkusler lebt fort in der feinen Behandlung des Materials und der Oberflächigkeit, die er ohne naturwissenschaftliche Einzelheiten nur durch ausdrucksvolle Kerben, Punktierungen und Auslockerungen belebte. Die großartige Solidität seiner Technik, die nichts der unpersönlichen Ausführung überließ, sondern alles bis ins kleinste durch das Werk der eigenen Hände befeuerte, verbindet ihn mit dem einzigen Lehrer, an den er sich anlehnte, mit Adolf Hildebrand.

Gaul hat hauptsächlich Tiere in Ruhe und Spiel dargestellt und Tiere bevorzugt, in denen das Wesen des Animalischen in seiner ganzen Größe und Dumpsheit vorstößt. Der Affe, der nur allzu leicht zu menschlichen Parallelen verführt, taucht daher nur ganz früh bei ihm auf. Seine Lieblingsfiguren sind dagegen Löwen und Adlern besonders Bären, Hamster, Wilder, Fischottern, die in ihrer ruhigen Behäbigkeit eine eigenartige Schönheit offenbaren. Eine hohe Ehrfurcht vor dem Eigenen und dem Lebensrecht jeder Kreatur spricht aus dem ganzen Werk Gauls. Stets gibt er das Tier und nur das Tier, befreit von den Zufälligkeiten des betreffenden Exemplars, gesteigert zur Gattung. Daher die Monumentalität auch in seiner Kleinplastik.

Die Reinheit seiner Linie offenbart sich vielleicht am eindringlichsten in seinen Reliefs und Plaketten; sie ist auch seinen Zeichnungen eigen, in denen er sich als ein unermüdeten Beobachter der Tiere zeigt. In diesen Studien und Entwürfen kommt man die unfähig mühevollen Arbeit beobachten, die Gaul vollbracht hat, bis jene nun so selbstverständlich dastehenden Meisterwerke vollendet waren.

Ueber originelle Forschungsmethoden wurde auf dem letzten Kongress der „Deutschen Gesellschaft für innere Medizin“ berichtet. Zur Feststellung der Widerstandsfähigkeit des Dünndarms gegen Bakterien ließ Prof. v. d. Reis-Greifswald Versuchspersonen zylindrische Eisenröhren verschlucken, die mit bestimmten Bakterien angefüllt waren. Durch Beobachtungen vermittels Röntgenstrahlen stellte er fest, wann diese „Darmschiffchen“ im Dünndarm angelangt waren. Durch einen vor den Bauch der Versuchsperson gebrauchten Elektromagneten wurde die Hülle geöffnet. Die in ihr enthaltenen Bakterien wurden der Einwirkung des Darminhalts ausgesetzt. Die gleiche Methode wurde angewandt zu Untersuchungen außerhalb des Körpers. Prof. v. d. Reis ließ das leer verschluckte „Darmschiffchen“ sich im Dünndarm voll Darminhalt saugen. Nach Entfernung des Elektromagneten schloß eine innen befindliche Feder die Hülle wieder und der darin be-

Berichterstatter Kemmele.

Der vom Reichstag zur Untersuchung des Oppauer Unglücks eingesetzte Untersuchungsausschuss beriet am Freitag über den weiteren Verlauf der Feststellungen. Zunächst ließ der Vorsitzende Abg. Schwarzer (B. Sp.) einen Bericht der „Koten Fahne“ zur Verlesung bringen und erklärte, daß dieser Bericht in gehässiger und unwarmer Weise die ehrlichen und pflichtgemäßen Bemühungen des Ausschusses in den Schmutz ziehe. Abg. Kemmele (Komm.)

bekanntlich zur Urheberschaft

dieses Artikels, den er „nach seinem gewissenhaften Urteil“ niedergeschrieben habe, und den er Punkt für Punkt zu verfechten bereit sei. Abg. Schwarz (U. Sp.) hielt einzelne tatsächliche Angaben des Artikels für durchaus zutreffend, fand aber, daß der Artikel in seiner aggressiven Form zu weit gehe. — Abg. Dr. Semmler (Dnat. Sp.) regte an, der Reichstag müsse gegen die unerhörten Vorwürfe des Abg. Kemmele einschreiten. Auf keinen Fall könne man den Mitgliedern des Ausschusses zumuten, noch weiter mit dem Abg. Kemmele in dieser Sache zusammenzuarbeiten. — Abg. Breg (Soz.) widersprach dem Vorschlag des Vorredners. Der Ausschuss müsse selbstverständlich die Untersuchung nach bestem Wissen und Gewissen fortsetzen. Er soll aber eine Entgegnung in die Presse bringen, die die bisherigen Untersuchungen vor aller Öffentlichkeit darlegt, und es der breiten Masse selbst überlassen, sich ein Urteil über die Tätigkeit des Ausschusses zu bilden. Vorsitzender Abg. Schwarz (B. Sp.) wies auf die Öffentlichkeit aller Ausschusshandlungen hin, so daß jedermann die bisherigen Verhandlungen verfolgen könne. Jedem Unparteiischen ist es klar, daß das Kemmele'sche Machwerk

wider besseres Wissen

aufgestellt ist. — Der Antrag des Abg. Semmler auf Absehung der Sache Kemmele von der Tagesordnung und auf Vorbehaltung weiterer Schritte des Ausschusses in dieser Angelegenheit wurde mit Majorität angenommen. — Der Ausschuss trat nunmehr in die sachliche Beratung ein. — Abg. Schwarz (U. Sp.) beantragte, es sollten die Arbeiter ohne Befehl der Direktion, aber in jeweiligem Beisein der in Betracht kommenden Sachverständigen, vernommen werden. — Abg. Dr. Kulenkampff (Dt. Sp.) beantragte Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von 3 Abgeordneten zwecks Prüfung der Aussagen der Zeugen in Ludwigshafen auf ihre Genauigkeit. — Abg. Kemmele (Komm.) stellte den Antrag, die Frage zu prüfen, welchen Anteil das ganze Prämiensystem bei den Fabriken an der Herbeiführung des Unglücks habe, ferner die Frau des verstorbenen Sprengmeisters Humbe, sowie die übrigen Zeugen in dieser Angelegenheit, schließlich auch die kaufmännischen Angestellten der in Frage kommenden Firmen zu vernehmen. — Sämtliche Anträge wurden angenommen und einem Unterausschuss von 3 Mitgliedern zur Ausführung überwiesen.

Flüchtlingseiland und Kartoffelwucher.

Man schreibt uns:

Die Agrarier wissen aus allen Blüten Honig zu saugen. Jeden Tag versieht die agrarische Presse Ströme von Tränen des Mitleids über das Elend der oberbayerischen Flüchtlinge. In Wirklichkeit verstehen es die Agrarier, selbst aus dem Flüchtlingselend Profit zu schlagen.

In der Nähe von Guben befindet sich ein Bager, in welchem oberbayerische Flüchtlinge untergebracht sind. Alle Versuche, bei den dort anässigen Großgrundbesitzern den Bedarf an Kartoffeln zu einem erschwinglichen Preise zu decken, sind fehlgeschlagen. Die Agrarier erklären, daß sie selbst nicht verkaufen, sondern damit den Landbund beauftragt haben. Dieser Landbund wiederum verlangt Preise, die einfach unerträglich sind. Die Agrarier lassen gegenwärtig große Rieten herstellen, in denen die Kartoffeln eingegraben werden, und zwar nur deshalb, weil sie die Preise nicht bezahlt bekommen, die sie glauben fordern zu sollen. Es verdient festgesetzt zu werden, daß die Agrarier schamlos genug sind, selbst aus dem Flüchtlingselend Profit herauszuschlagen zu wollen.

Der Beschwerdeauschuss des Reichsrates für Zeitungsverbote hat sich mit der Hinzuziehung von journalistischen Sachverständigen einverstanden erklärt. Ein solcher Wunsch war von der Berliner Pressekonferenz erhoben und vom Reichsminister des Innern befürwortet worden.

indische Darminhalt konnte zu Untersuchungs Zwecken im Laboratorium verwendet werden.

Prof. Hener-Rünchen berichtete über eine nicht weniger originelle Methode, die er zur Prüfung des psychischen Einflusses auf die Absonderung von Magenensaft angewandt. Er versetzte Patienten in tiefe Hypnose und suggerierte ihnen dann die Aufnahme bestimmter Speisen. Vermittels einer Sonde saugte er gleichzeitig den Mageninhalt ab. Nach der Suggestion des Genusses von Bouillon stellte er schnelle, lebhaft Absonderung von Magenensaft fest. Bei Milch kam die Absonderung von Magenensaft langsamer in Gang und versiehte langsamer. Milch und Brot hatten eine größere Pepsinabsonderung zur Folge. Die Suggestion von Angst und Schrecken verminderten die Saftabsonderung und brachten sie schließlich zum Stillstand. Die Suggestion freudiger Erregung wirkte nicht umgekehrt in gleichem Maße anregend auf die Absonderung des Magenensafts.

Öst- und Goldfieber. Die Meldung, daß in dem in Westaustralien gelegenen Kimberleydistrikt überaus reiche Mineralquellen entdeckt worden sind, hat eine wahre Wüsterwanderung nach den erwähnten Gebieten gelenkt.

Der Zulauf von geldgierigen Abenteurern erinnert an die Szenen, die sich auf die Meldung von den ersten australischen Goldfunden in New Süd Wales und Victoria am Anfang der 1850er Jahre hier abgespielt haben. Am 6. Januar 1852 lagten in Hobson Bay nicht weniger als 47 Handelsdampfer, die von der Mannschaft verlassen worden waren und nicht entladen werden konnten, und es kam oft vor, daß sich die Kapitäne ihren nach den Goldfeldern zu strömenden Matrosen angeschlossen. Nach dem Bericht, den der Gouverneur Patrode damals an die Regierung in Melbourne erstattete, waren ganze Ortschaften von den männlichen Bewohnern verlassen, so daß der Handel zum Stillstand kam und die Schulen geschlossen werden mußten. In den Städten vor allem gab es nicht einen einzigen Vertreter des männlichen Geschlechts mehr. Schließlich griff das Fieber auch auf die Regierungsbeamten über, und da alles auf die Goldsuche ging, mochte auch die Polizei nicht länger zurückstehen. In Melbourne waren am Neujahrstage 1853 von 40 Schulkindern nur noch zwei zum Dienst erschienen, und es war ein Glück für die öffentliche Sicherheit, daß auch sämtliche Spitzbuben nach dem Goldland gezogen waren.

Romanikerausstellung in der Staatsbibliothek. Zu unserer Artikel in der gestrigen Morgennummer teilt uns die Direktion der Staatsbibliothek mit, daß die Ausstellung mit Rücksicht auf die wertvolle Bevölkerung auch Sonntags von 11—2 Uhr unentgeltlich geöffnet ist und daß zu dieser Zeit dort Vorträge stattfinden.

Des Begräbnis August Gauls findet heute nachmittag 3 Uhr von der Leichenhalle des Dahlemer Friedhofs aus statt. Untergrundbahnhof Dahlemer Tor.

Der ukrainische Chor singt am Montag, den 24. Oktober, im Schaubertsaal außer ukrainischen Liedern ein für Berlin unbekanntes „Konzert“ von Verblansky und alte deutsche Volkslieder aus dem Archiv der Akademie der Wissenschaften, für Chor bearbeitet von C. Turula. Kuchers dem wirt der ukrainische Bandkapitän Bassi Jemel mit.

Briland und der Alliiertenvertrag.

Paris, 21. Oktober. (RTS.) Am vierten Tage der Interpellationsdebatte verlangte der Pariser Abg. Bonnet Auskunft über die Maßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um den für den Krieg und seine Durchführung verantwortlichen Kaiser Wilhelm und die militärischen und politischen Führer Deutschlands gemäß dem Vertrage von Versailles zur gerichtlichen Aburteilung zu bringen. Darauf interpellierte der Abg. Gay über die französische Politik im besetzten Gebiet.

Ministerpräsident Briand habe vorgestern auf eine Einwendung von Maurice Barrès erklärt, daß Frankreich, die Berechtigung seiner Sache und von seinem Recht überzeugt, die Sanktionen aufrechterhalten werde. Nach seiner Ansicht sei das das einzige Mittel, das Frankreich bestehe, um die Ausführung des Friedens sicherzustellen. Auch wirtschaftliche Sicherheiten brauche Frankreich, mit Versprechungen könne es sich nicht zufrieden geben. Die augenblickliche Besetzung hindere Deutschland nicht an seiner Produktionsfähigkeit und mindere keineswegs seine Zahlungskraft. Die Rheinländer hätten eine andere als die preussische Mentalität. Frankreich hindere sie keineswegs, und seine Alliierten und Freunde müßten es verstehen, wenn es die Mittel in der Hand behalten wolle, um von Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu fordern. Gay verlangt eine Erklärung, daß am gegenwärtigen Besetzungsregime auf dem linken und dem rechten Rheinufer nicht geändert werde, ohne daß das Parlament befragt werde.

Ministerpräsident Briand

erklärte, die Frage sei, ob die Regierung alles getan habe, was möglich gewesen sei und ob andere mehr hätten leisten können. In diesem Falle müsse die Kammer es der Regierung klar zum Ausdruck bringen. Alle Minister seien solidarisch, und in dem Augenblick, wo er sich anschide, zu einer so ernsten Konferenz nach einem fernem Lande zu reisen, werde er nicht mit einem kleinen Vertrauensvotum, mit einer kleinen Mehrheit die Reise antreten.

Die Politik der Regierung sei eine

Friedenspolitik.

Darüber müsse man sich auseinandersetzen. Also eine Politik des inneren Friedens und eine Politik des sozialen Friedens, damit alle Franzosen in der Republik in Frieden leben könnten. Er wolle niemand anklagen, daß er eine Krisenpolitik betreiben wolle, aber Frieden heiße, eine Atmosphäre schaffen, in der bei den unruhigen Zuständen in Europa alles vermieden werde, was den Frieden stören könne. Die Kammer müsse sich klar über die Tätigkeit der Regierung aussprechen und sagen, ob sie unzufrieden oder zufrieden sei. Als er die Regierung übernommen habe, habe man

einen Friedensvertrag

in Händen gehabt, gegen den er nichts sagen wolle, der aber einestells Frankreich und die Alliierten solidarisch gemacht habe und andererseits Deutschland jedem Alliierten gegenüber gestellt habe. Der Vertrag stelle eine Einigung der Alliierten dar; bestehe sie nicht, dann gebe es auch keinen Vertrag. Wenn man sage, der Vertrag sei tot, dann erkläre man, daß das Einverständnis nicht vorhanden sei. Ohne dieses

Einverständnis der Alliierten

hätte man die Deutschen nicht zur Zahlung zwingen können. Die Regierung habe alles getan, um bei der Zahlungsfrist am 1. Mai die Einigkeit der Alliierten aufrechtzuerhalten, und zwar nach den Bestimmungen der Kammer. Aber die früheren Regierungen hätten die Kammer darauf aufmerksam gemacht, daß der Friedensvertrag nicht nur Vorteile für Frankreich enthalte, sondern auch Bestimmungen, die Frankreich nicht begünstigten. Vor dem 1. Mai habe man zur Einigkeit kommen müssen. Sie sei erzielt worden.

Ministerpräsident Briand erinnerte weiter daran, unter welchen Umständen er seinerzeit gesagt habe, man werde Deutschland die Hand an den Halbtagen legen, wenn es nicht erfülle. Aber damals sei der Verfalltag, den der Friedensvertrag vorschä, noch nicht gewesen. Die Besetzung sei etwas Großes, aber Frankreich habe damals geglaubt, man müsse noch neue Sanktionen nehmen. Die

Kirchliche Regieklünste. Ein absonderlicher Versuch, das buntfarbige Licht, wie es zur Bühnenbeleuchtung verwendet wird, zur Steigerung des religiösen Empfindens zu benutzen, wurde kürzlich in der Kirche eines New Yorker Arbeiterviertels gemacht.

Charles Bradon, ein bekannter Theaterbaumeister, hat mit Unterstützung eines von religiösen Kirchenrats aus Grund seiner Bühnenerfahrung ein Beleuchtungssystem zusammengestellt, das den Stimmungseindruck der Musik und der Predigt erhöhen und damit die Gemeinde zu intensiver Anteilnahme am Gottesdienst anregen soll. Qualität und Stärke des Lichts wechselt im Stufen-gang der geistlichen Handlung. Eine Kombination von blauem und grünem Licht erzeugt nach der Meinung des Hauptgeleiteten der Kirche eine milde Dämmerstimmung, die ganz dazu angetan ist, die ruhige Atmosphäre geistigen Friedens zu verbreiten. Bernsteinfarbe in Verbindung mit Rosa bildet ein Anregungselement, das die Gemeinde zur Andacht emporhebt, und durch Verdunklung des Raumes ruft man endlich eine Stimmung hervor, die mystische Berinnerlichung und Vertiefung hervorruft.

Zu Goethes Zeiten konnte der Komödiant einen Pfarrer lehren — seit Reinhardt besorgen das, wie es scheint, der Regisseur und der Theaterarchitekt.

Die Bevölkerung Englands. Nach den endgültigen Ergebnissen der englischen Volkszählung hat sich die Gesamtbevölkerung des Vereinigten Königreichs in dem Jahrzehnt von 1911—1921 von 40 831 396 auf 42 467 530 Bewohner vermehrt. Die Zunahme ist hauptsächlich in England und Wales zu verzeichnen. Diese Vermehrung beträgt aber kaum die Hälfte derjenigen, die man in dem vorangegangenen Jahrzehnt zu verzeichnen hatte und ist geringer als alle Bevölkerungs-zunahmen seit 1811. Die Verminderung ist, wie in der Deutschen Reichsanzeiger-Wochenschrift ausgeführt wird, aus dem Rückgang der Geburtenziffer während des Krieges zu erklären. Die Zahl der Männer betraff sich auf 20 430 623, die der Frauen auf 22 036 907. Klein-London, das 1911 4 483 249 Einwohner hatte, vermehrte sich auf 4 521 685, Groß-London von 7 251 368 auf 7 476 168.

Wettspiel-Geldspiel in der Staatsoper. Maria Wittilini gastiert an der Staatsoper am 3. November als „Rigoletto“ und am 7. November als „Rosa in Kasan“. Preise der Plätze: Fremdenloge 150,00 M., Fremdenloge-Sitze und Orchesterloge 200,00 M., 1. Parterre 375,00 M., 1. Rang und 2. Parterre 250,00 M., 2. Rang 150,00 M., 3. Rang 100,00 M., 4. Rang-Sitzplatz 50 M., 4. Rang-Sitzplatz 25 M. — Der Verkauf beginnt am 27. Oktober. Den Ehrenmitgliedern der Oper wird ein Vorzugsrecht für ihre Abonnementplätze gegen Zahlung des vollen Preises eingeräumt. Kartenausgabe am 24. und 25. d. M. an der Opernhauskassa Schaller 11.

Zum Gedächtnis Anton Bruckners bringt das Wiener Orchester in seinem Sonntagskonzert Bruckners 4. Sinfonie mit Orchester.

Arbeiter-Zahl-Ausstellung (Metersburger Str. 89). Ernst Friedrich spricht am Sonntag, den 22. abends 7 1/2 Uhr, über den Sozialismus und registriert aus Tausend Worten. Sonntag, vormittags 11 Uhr und abends 7 1/2 Uhr, besondere Führungen durch die neue Ausstellung.

Arbeiter-Zahl-Vereinigung. Sonntag, 23. Oktober, vorm. 11 Uhr, Führung durch die Ausstellung in der Weißlichen Schule, Neufeldstr. 11.

französische Regierung habe in Rufort, Düsseldorf und Dulsburg neue Pfänder nehmen wollen, damit

Eszen im Bereich der französischen Kanonen

liege. Es sei eine sehr lange Debatte nötig gewesen, um mit den Alliierten zu einer Einigung zu gelangen. Vor dem Verfalltag vom 1. Mai habe Frankreich seinen Alliierten gesagt, wenn Deutschland sich nicht unterwerfe, dann werde Frankreich neuerlich eine entscheidende Geste machen, und zwar wirtschaftlicher und militärischer Art, so habe man die Jahresklasse 1919 mobilisiert. Es sei leicht, jetzt zu kritisieren, aber wenn man die Verantwortung trage, dann durchlebe man erst die Augenblicke. Einen Augenblick habe es den Anschein gehabt, daß alles zu Ende sei, sogar eine bestimmte Intervention sei notwendig gewesen. Briand geht alsdann dazu über, von den Ergebnissen in

Oberschlesien

zu sprechen, die dicht an die Grenze einer neuen Krise geführt hätten. Jetzt behaupte man, man habe die Jahresklasse 1919 ungenutzt mobilisiert. Man vergesse, daß der damalige Reichskanzler (Fehrenbach, Red.) eine provozierende Rede gehalten habe. Aber gegenüber der resoluten Haltung Frankreichs habe sich

die Mehrheit des Reichstages gedrückt.

Frankreich sei stark, es sei sogar am Maximum seiner Kraft angekommen. Aber es müsse sich auch um die Imponderabilien der Weltlage kümmern. Leon Daudet habe von Sedan und Waterloo gesprochen, aber damals sei Frankreich in Waterloo geschlagen worden, weil es isoliert gewesen sei. (Beifall.) Wenn ein Staatsmann in schwierigen Augenblicken das Schicksal seines Landes in Händen halte, dürfe er sich nicht daran erinnern, daß es 40 Jahre hindurch sich die Allianz und die Freundschaft der größten Völker verdient habe. Wenn er sehe, daß neben der Fahne Frankreichs die Fahnen der Vereinigten Staaten, Belgiens, Englands, Italiens und Rumaniens wehen, müsse er nicht, bevor er als Vertreter Frankreichs Verhandlungen unternehme, die ihm den Beifall gewisser Kreise eintragen, nachdenken? Er wolle nicht leichten Herzens eine derartige Verhandlung beginnen. Würde er das tun, dann sei er nicht wert, an der Stelle zu stehen, die er heute einnehme. (Leon Daudet ruft: Das sind Worte!) Briand erwidert: Was, Waterloo und Sedan, das sind Worte? (Stürmischer Beifall.) Er könne keine entmutigenden Worte aussprechen, denn Frankreich habe das Recht, Vertrauen zu sich selbst zu besitzen. Es gehe seiner Wiedererhebung entgegen und auch seiner Sicherheit. Briand entkräftet sich, daß man behaupte, die Regierung habe nichts getan, um Deutschland zu entwaffnen. Die materielle und moralische Kraft Frankreichs berechtige zu allen Hoffnungen. Wie könne man behaupten, daß Deutschland bis an die Zähne bewaffnet sei, wenn es

fast sämtliche Waffen ausgeliefert

habe? Zweifellos bleibe Deutschland eine Nation von 70 Millionen Menschen und eine ständige Gefahr. Es könne die zerstörten Kanonen wieder fabrizieren lassen. Gewiß, aber es sei zu ungerath, der Regierung vorzuerwerfen, daß sie noch nicht die Kanonen von morgen zerstört habe. Man könne von ihr verlangen, daß sie die Waffensamkeit und die Kontrolle verleierte. (Stürmischer Beifall.) Nachdem Briand seine Rede beendet hatte, wurde die Weiterberatung auf kommenden Dienstag vertagt.

Was Deutschland verliert.

Einem bergmännischen Sachverständigen verdanken wir folgende Darstellung der deutschen Verluste:

Im Jahre 1913 wurden in Oberschlesien 43,8 Millionen Tonnen Kohlen gefördert. Legt man diese Menge auch jetzt zugrunde, so erhält durch die Feilung der polnische Staat 31 785 219 Tonnen, wogegen nur 8 740 828 Tonnen bei Deutschland verbleiben. Da die Landesgrenzen noch nicht endgültig festgesetzt sind, verbleiben von der Kohlenförderung von 1913 noch 2 644 200 Tonnen, über die noch nicht entschieden werden kann. Nach der Genf-Pariser Entscheidung bekommt Polen also viermal soviel Kohlen, als Deutschland verbleiben.

Im April 1921 wurden in Oberschlesien 2 922 539 Tonnen gefördert. Von dieser Förderung fallen nach der Genfer „Lösung“ künftighin 2 197 884 Tonnen an Polen, während 633 200 bei Deutschland verbleiben und der Verbleib von 73 455 noch unentschieden ist.

Das Kohlenvorkommen in Oberschlesien bis zu einer Tiefe von 1200 Metern beträgt 112 1/2 Milliarden Tonnen, davon allein in Besz-Kohln 91,37 Milliarden. Im Zentralrevier selbst, das zu drei Vierteln an Polen fällt, wird das Vorkommen an Kohle auf 31,13 Milliarden Tonnen geschätzt, so daß also von dem ober-schlesischen Kohlenvorkommen ungefähr 5 bis 5 1/2 Milliarden Tonnen in deutschem Besitz bleiben.

An Zink erz sind im Jahre 1913 in Oberschlesien 521 100 Tonnen, also 78,3 Proz. der deutschen Gesamtproduktion gefördert worden. Die Förderung an Bleierz betrug 52 600 Tonnen, 47,7 Proz. der deutschen Gesamtproduktion. Die Zink- wie Bleigruben verliert Deutschland restlos, somit also fast drei Viertel der Zinkproduktion und die Hälfte der Bleierzförderung.

Stegerwalds Erklärung.

Die durch den Kommunistenrabau überdünnte Rede des preussischen Ministerpräsidenten in der gestrigen Landtags-sitzung hatte folgenden Wortlaut:

Ein neues schweres Unheil von noch unabsehbarer Tragweite ist über uns hereingebrochen. Die feindlichen Mächte über Oberschlesien sind gefallen. Das Land, welches das ausschließliche Wert preussisch-deutscher Arbeit und Tapferkeit, deutscher Intelligenz und Ordnung ist, soll in zwei Teile gerissen werden, von denen der wertvollere Polen überantwortet wird. Keendutsche Städte, wirtschaftliche Mittelpunkte des ganzen ober-schlesischen Industriegebietes, Knotenpunkte seines Eisenbahnnetzes sollen

der Polonisierung verfallen.

Die gesamte Zinkproduktion, der größte Teil der Eisen- und Stahlwerke, über die Hälfte unserer dortigen Kohlengruben werden uns entzogen, obwohl wir andere Länder mit jährlichen Kohlenbeiträgen zu versorgen haben. Jeder, der noch deutsches Empfinden bewahrt, fühlt sich unter dieser neuen Vergeßwärtigung. Von unparteiischen Sachkundigen aller Nationen, die Oberschlesien studiert, ist seine Unteilbarkeit als unbedingte Voraussetzung seines wirtschaftlichen Gedeihens festzustellen worden. Durch die Spaltung in zwei lebensunfähige Teile ist nunmehr dort so gut wie

alles unklar und schwankend

geworden. Auch in dem künftigen polnischen Oberschlesien sind das Kapital, die Leistung, der überwiegende Teil der gelehrten Arbeiterschaft deutsch. Oberschlesien muß daher zusammenbrechen, wenn die führenden Kräfte diese Wirkungsstätte verlassen. Der wirtschaftlichen Wiederverfestigung Europas ist damit der schwerste Schlag versetzt. Die Zahlungsfähigkeit Deutschlands ist nach Lloyd Georges eigener Erklärung aufs äußerste geschwächt. Der Verlust dieser reichen Gebiete bedeutet Verminderung der wirtschaftlichen Gesamtkraft Deutschlands und einen gewaltigen Anstieg an Steuern. Jede planmäßige Regelung von Ein- und Ausfuhr wird vereitelt,

nicht zu ermessende Verminderung der Zollentnahmen bewirkt. Für uns gilt es,

mit kühlem Kopf

die Tatsachen zu prüfen. Die Gegner selbst schlagen mit Wren immer brüderlicher werdenden Aussagen alle Aussichten auf Gewinn der von Deutschland erhofften Leistungen nieder. Einigkeit im Innern ist jetzt unsere erste Pflicht. Dort in Oberschlesien ist alle parteipolitische Egoismus unter den Volksgenossen in den Hintergrund getreten vor der gemeinsamen Not. Hier sei in diesem Augenblick in Verehrung und herzlicher Liebe gedacht. Ihr Heilwort aus vergangenen Tagen gibt uns die Gewähr, daß sie auch das Schwerere in Zukunft tragen und durchhalten werden. Unerschütterbare Bande verknüpfen uns auch in Zukunft miteinander. Wir werden Euch weiter die Treue halten! (Lebhafteste Zustimmung.)

Köln wird ausgekauft.

Köln, 21. Oktober. (RTS.) Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsgruppe Köln, veröffentlicht unter der Ueberschrift „Soll das so weitergehen?“ folgende: „Mit dem Sturz der Mark hat der Verkauf von Ware durch Ausländer Formen angenommen, die zu den ernstesten Bedenken Anlaß geben. Das besetzte Gebiet und insbesondere Köln wird geradezu überschwemmt von Ausländern der verschiedensten Herkunft. Gekauft wird alles, was auf dem Markt liegt. Die Folge dieser Massenankäufe wird ein erhebliches Ansteigen der Preise und eine weitere Verelendung der werktätigen Bevölkerung sein. Bei der Verelendung macht sich aus diesem Grunde eine große Erregung bemerkbar. Sie ist nicht gerillt, den gegenwärtigen Zustand länger gefallen zu lassen, da sie davon überzeugt ist, daß es nicht die Not ist, die die Ausländer zu solch ungeheuren Massenankäufen veranlaßt, sondern daß reine Profitgier der Grund dieser Ankäufe ist. In der erregtesten Weise bringen die Arbeiter ihren Unwillen über diesen Zustand zum Ausdruck. Sie erwarten von den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden unverzügliches Eingreifen, da sonst Ereignisse eintreten können, deren Folgen gar nicht abzusehen sind. Die hiesige Regierung haben wir unterrichtet, ebenso haben wir die Besatzungsbehörde auf diese Erregung aufmerksam gemacht.“

Saarbrücken, 21. Oktober. (Frst. Ztg.) Um die weiteren Massenausläufe zu verhindern, beschloß die Schutzvereingung für Handel und Gewerbe, Gegenstände des täglichen Bedarfs nur noch an Inhaber des roten Passes oder der gleichwertigen saarbrückischen Personalausweise abzugeben; ferner erhält der einzelne Verbraucher nur noch kleinere Mengen von Waren, der Verkauf von größeren Mengen ist unter allen Umständen zu verhindern. Die Regierungskommission des Saargebietes wurde aufgefordert, schärfste Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch mit roten Pässen zu erlassen.

„Alles für die Invaliden“.

Hinter den Kulissen des Invalidendankes.

Vor kurzem wurde von deutschmonarchistischer Seite die Behauptung verbreitet, daß die Gelder der Volksspende für die Kriegsschädigten für sozialistische Wahlpropaganda verausgabt worden seien. Das Reichsarbeitsministerium hat festgestellt, daß es sich hierbei um schmutzige Verleumdung handelte. Von den Geldern der Volksspende fehlt kein Pfennig. Wir aber wollen hier ein Unternehmen kennzeichnen, das unter der Maske der Kriegsinvalidenfürsorge Privatleuten ungeheure Gewinne zuschanzt, wobei besonders interessant ist, daß ehemalige Generäle an der Spitze der Personen stehen, die Reservantennen in ihre Taschen stecken lassen, während das Publikum glaubt, es werde für die Kriegsinvaliden gesorgt.

Im „Reichsbund“, dem Organ des Reichsbundes der Kriegsschädigten usw., wird der Scheiter von dem Invalidendank G. m. b. H. gezogen. Dieses Unternehmen ist nach dem Kriege 1870/71 unter dem Motto gegründet worden: „Alles für die Invaliden.“ Aber für die Invaliden ist verflucht wenig übrig geblieben. Das genannte Blatt sagt darüber:

Mit der Entfernung vom Krieg und der Verminderung der Invaliden aus den Jahren 1870/71 drohte das bis dahin florierende Anieratengeld des Invalidendankes immer mehr zurückzugehen, bis im Jahre 1907 die Firma Haasenhein u. Bogler sich des Unternehmens in liebevoller Weise annahm und sich mit 520 000 M. bei der Gesellschaft beteiligte. Haasenhein u. Bogler hatte damit das Unternehmen vollständig in der Hand und sich durch Vertrag 70 Proz. des Reingewinns gesichert. Nach außen ging aber alles noch unter der Fiktion für die Invaliden. Da der Invalidendank in den auf diesen Vertragsabschluss folgenden Jahren fast dauernd mit Unterbilanz arbeitete, mußte bei Krisensausbruch das Kapital der Haasenhein u. Bogler u. G. als verloren gelten. Mit dem Krieg wuchs indessen wieder das Interesse für die „Invaliden“. Auch die Möglichkeit einer neuen Geschäftskonjunktur tauchte auf. Die Propaganda für die Kriegsangehörigen wurde bekanntlich immer großzügiger. Die Reichsbank hat nun den Löwenanteil der für die Kriegsangehörigen ausgeworfenen Propagandapfennige der Invalidendank G. m. b. H. überwiesen. Die Zeitungen, die auf diese Anteilheilerate hohe Rabatte gaben, und mit ihnen die ganze Öffentlichkeit waren sicher der Meinung, daß die Invalidenverdienste, die auf diese Weise für das Annoncenbureau zustande kamen, den armen Opfern des Krieges zugute kommen würden.

Die Bilanz des Jahres 1916/17 weist einen Reingewinn von 543 105 M. auf. Die beiden „Geschäftsführer“, General Redt und General Behn, erhielten ein Jahresgehalt von je 4000 M. So ganz nebenbei erhielt General Redt auch noch für Provision und Lantime die bescheidene Summe — die Mark hatte damals noch nahezu Goldwert — von 81 150 Mark. Ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats, General von Gahlen, bezog ein Lantime die Kleinigkeit von 25 575 Mark, und Haasenhein u. Bogler verreckneten ohne jede Gegenleistung 25 575 Mark „Regiepfennige“. Von dem dann noch verbleibenden Gewinn erhielt Haasenhein u. Bogler 256 441 Mark, der Invalidendank, das Wohlfahrtsinstitut, dem Geschäft insoweit seines Wohlthätigkeitscharakters zugewiesen waren, nur 122 760 M. Die Differenz, die sich dann noch ergibt, soll für verschiedene bedenkliche Zwecke ausgegeben worden sein. Das Jahre 1917/18 war noch lukrativer. Der Reingewinn betrug in diesem Jahr 1 054 166 M. Davon bekam Haasenhein u. Bogler Personale eine Lantime von 7500 M., das Personal des Invalidendankes eine solche von 17 500 M., Haasenhein u. Bogler freckte davon wiederum „Regiepfennige“ in Höhe von 54 166 M. und einen weiteren Gewinnanteil von 632 500 M. ein. Auch die Herren Generäle erhielten wieder durchschnitlich Lantimen in Höhe von 25 000 Mark, General Behn sogar neben seinem Gehalt, das er als reaktiverer Offizier bezog. Für den Invalidendank, also für die Invaliden selbst, blieben von dem Millionengewinn ganze 292 500 Mark übrig.

Mit diesem Material werden sich die Wohlfahrtsbehörden nun energischer zu befassen haben, um den Ruinlehren des elendlichen für die Vermissten und Schutzbedürftigsten bestimmten Geldes das Handwerk zu legen.

Die preussischen Internierungslager. Vor fast 5 Monaten, so schreibt die „Soz. Korr.“, hat Innenminister Dominicus im Landtag angekündigt, die Internierungslager in Stargard und Rottbus-Stetow würden aufgelassen. Jetzt ist am 12. Oktober wieder einer der grundlos in Stargard Internierten geflohen und hat in Berlin Kenntnis dafür erlangen können, daß dort alles beim alten geblieben ist. Das Lager Stetow hingegen ist tatsächlich geräumt worden. Nur hat man — 5 Minuten von dem alten Lager entfernt ein neues Internierungslager gebaut. Und so zeigen diese Fälle, welchen Wert man den Erklärungen des „Demokraten“ Dominicus beilegen muß.

Vor dem Ende des Gasthausstreiks?

Der Segen des Prozentsystems.

Die Unternehmer im Gastwirtsgerwebe wenden sich an die Gäste und suchen ihnen beizubringen, wie schön doch dieses sogenannte „Prozentsystem“ sei. Die 10 Proz. Aufschlag zur Zehne brächten den Kellnern reichen Gewinn. In der „S. Z.“ wurde vorgerechnet, daß die Einnahmen eines Kellners durch die Prozente 100 000 bis 180 000 M. im Jahr ausmachen — ein vierfaches Ministergehalt — und damit sind die Kellner nicht zufrieden. Die Herren sagen aber den Gasthausbesuchern nicht, daß sie durch die 10 Proz. einen neuen Raubzug auf die Taschen der Gäste planen.

Seit dem Ende des Krieges haben mehrere Lohnbewegungen stattgefunden. Die Löhne, wenn auch für die Lebensnotwendigkeiten zu gering, machten doch für jeden einzelnen Kellner einige hundert Mark pro Woche aus. Diese Summen sind von den Unternehmern in die Preise für Speisen und Getränke ein kalkuliert. In Zukunft sollen die Angestellten von den Gastwirten keinen Lohn mehr erhalten, sondern man verweist sie auf die 10 Proz., die sie von den Gästen einzutreiben haben. Auf diese Weise sollen also die Gasthausbesucher die früher gezahlten Löhne in den Preisen für Speisen und Getränke auch in Zukunft noch weiter mitbezahlen, außerdem aber auch die 10 Proz. Ein seines Geschäft.

Zu welchen Unsinnsigkeiten dieses famose „Lohnsystem“ führt, dafür nur ein Beispiel: Ein Kellner fertigt eine Flasche Sekt zu 150 M., dafür erhält er nach den Wünschen der Unternehmer vom Gast 15 M.; für das Servieren einer Tasse Kaffee, das kaum weniger Mühe bereiten wird, erhält er bei einem Preis von 2,50 M. nur 25 Pf. Von einem solch verrückten Lohnsystem, das den Kellner von allerlei Zufälligkeiten abhängig macht, wollen diese berechtigterweise nichts wissen. Es liegt das weder im Interesse der Angestellten noch der Gäste, sondern lediglich in dem der Unternehmer.

Es ist erstaunlich, daß die Gasthausbesucher dies nicht begreifen wollen, gerade sie müht sich stühend hinter die Forderungen der Gastwirtsgehilfen stellen. Nur diejenigen Leute, die aus Kriegsgewinn und Schiebererei Summen gewonnen haben, die sie in der unsinnigsten Weise zu verpassen suchen, haben weiter kein Interesse an der Sache. Ob sie für eine Flasche Wein 100 M. oder 110 M. bezahlen, berührt sie weiter nicht. Die große Masse des Publikums hat aber alles Interesse, auch im Gastwirtsgerwebe geordnete Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sehen.

Wenn es wahr wäre, daß die Kellner solch enorme Verdienste, wie die Unternehmer es behaupten, erringen, dann muß man um so höhere Achtung vor ihnen haben, wenn sie jetzt trotzdem für ein niedrigeres aber geregeltes und sicheres Einkommen kämpfen. Dabei sie wissen, daß die Einführung der Prozente nur eine Verewigung des Trinkgeldelends bedeutet. Auch die Arbeitszeit würde wieder bis ins Ungemessene verlängert werden. Deswegen ihr jäher Widerstand, sie wollen im Interesse ihrer Gesundheit und eines geordneten Familienlebens auch fernerhin teilnehmen an den sozialen Erwerbungen, vor allem der Verkürzung der Arbeitszeit.

Verhandlungsbereitschaft der Unternehmer.

Bis zum gestrigen Tage erklärte die Arbeitgebergemeinschaft der Gastwirtsgerwebe, daß sie nicht eher zu Verhandlungen bereit sei, bis die „Terror-Akte“ der Streikenden ihr Ende gefunden haben würden. Dieser Augenblick ist jetzt offenbar gekommen. Sie verbreiteten gestern abend durch ein und dieselbe Korrespondenz, so wie die „erzweuliche Tatsache“, daß der Freitag ohne Ausschreitungen der Streikenden verlaufen ist. Es behält deshalb die begründete Aussicht, daß zwischen beiden Parteien Verhandlungen angebahnt werden. Das gleiche wurde uns noch gestern abend durch einen Abgesandten der Arbeitgeber verständlich.

Die freuen uns über dieser Verhandlungsbereitschaft der Unternehmer um so mehr, als wir den Grund dazu nicht in dem Nachlassen der „Terror-Akte der Streikenden“ erblicken. Ihre gestrige Volksversammlung nahm eine Resolution an, in der die Verhandlungsbereitschaft bekundet wird. Sache der Streikenden sei es, den Weg zu Verhandlungen frei zu machen, aber: „Das 10-Prozentsystem ist und bleibt in Berlin eingeführt und wird zum Segen für Gäste, Wirt und Kellner werden.“

Dies „machtvolle“ Sprüche paßt gar nicht zu dem Verlangen nach Verhandlungen. Die Streikenden werden sich nicht einschüchtern lassen, sie werden durchhalten wie sie bisher durchgehalten haben und sie werden ihr Recht bekommen, wenn sie einig bleiben.

Die Inhaber des „Hädeper“, Warschauer Str. 7, teilen uns mit, daß ihr Betrieb keine Filiale von Artur Schill in Schöneberg mehr ist, sondern seit 2. September in ihren Besitz übergegangen sei. Die Forderungen der Angestellten seien in ihrem Betriebe bewilligt.

Ausschreitungen der „Schutz“polizei.

Der Wachtmeister Hanke von der 5. Hundertschaft packt die vor der „Traube“ stehenden Streikposten Luise F. und Margarete K. am Arm und schleudert sie an die Wand. Aus dem gänzlich unbeteiligten Publikum haben sich sofort einige Zeugen gemeldet. Unterwachtmeister Peters 11/1, Charlottenburg, schießt einem Streikposten vor Hotel Heßler zweimal mit beiden Fäusten vor die Brust, nur weil er zwei Frauen gefaßt hat, sie möchten keine Streikarbeit leisten. Ein herzugewandter Polizeioffizier veranlaßt selbst die Feststellung des Peters.

Wachtmeister Marx, 8. Hundertschaft, Lindenwache, verhaftet einen Streikpostenkontrollleur, obwohl er sofortige Legitimation anbietet, und führt ihn gefesselt erst zur Lindenwache und, als dort die Feststellung abgelehnt wird, zur Wache Dorotheenstraße.

Unterwachtmeister Haut, 8. Hundertschaft, bedroht vor dem Restaurant Berg in der Charlottenstraße die ruhig dastehenden Streikposten mit der Pistole und ruft ihnen zu: „Gehen Sie weg, sonst schleife ich.“

Wachtmeister Waske 1/3 verhaftet vor dem Hotel „Fürstehof“ zwei Mädchen, weil sie das Plakat des Streikpostens lesen, und schleift sie zur Bahnhofswache.

Wachtmeister Jacharias zerrt ohne jede Veranlassung die Streikposten in den Hausflur des Restaurants Berg, Charlottenstraße, und zerreißt dabei dem einen den Mantel.

Drei im Augenblick noch nicht festgestellte Schupobeamte bringen zusammen mit dem Schönberger Ratskellerwirt Schwente in ein Lokal in der Ebersstraße ein. Einer von ihnen zieht seinen Revolver und erklärt auf Veranlassung des Schwente einen Gast für verhaftet. Als dieser um Aufklärung ersucht, wird ihm mit dem Anlegen von Ketten gedroht. Ein zweiter Gast, der zu vermitteln versucht, wird gleichfalls verhaftet. Im Hinausgehen dreht sich einer der Beamten nochmals um, behauptet, beflügelt zu sein, stürzt wieder mit der Waffe in der Hand in das vollbesetzte Lokal zurück, nimmt einen dritten, Gast fest und schleift ihn durch das ganze Lokal.

Gegen alle diese „Helden“ ist natürlich Strafanzeige erfolgt. Zeugen sind genug vorhanden. Die Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Wie lange aber wird der Herr Minister des Innern diesen groben Unfug noch dulden?

Eine Solidaritätskundgebung.

Eine Versammlung der Betriebsräte, Obleute und Vertrauensmänner des Zentralverbandes der Fleischer nahm folgende Resolution an:

„Die am 20. Oktober 1921 in Heinrichs Festhallen versammelten Vertrauensleute, Betriebsräte und Funktionäre des Zentralverbandes der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin, verfolgen den nun drei Wochen währenden Kampf im Gastwirtsgerwebe und geloben, mitzuhalten, die Organisationszerstückelung, versuche der Hotel-, Restaurant- und Caféhausbesitzer abzuwehren dadurch, daß sie sich verpflichten, Fleisch und Wurstwaren jeder Art an bestreikte Firmen nicht zu liefern, in Zweifelsfällen sich mit der Organisation zwecks Klärung bzw. Abhilfe in Verbindung zu setzen. Dieses alles um so mehr, weil ein großer Teil der eigenen Berufskollegen im Gastwirtsgerwebe arbeitet und diese nicht von uns sagen sollen, daß wir das Wort Solidarität nicht begriffen hätten.“

Karl Kähler †.

Am Dienstag nacht starb der erste Kassierer des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Karl Kähler, im Alter von 74 Jahren. 1847 in Berlin geboren, war der Tischler Kähler vom Jahre 1872 ab Kassierer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Berlin, bis zu dessen Auflösung. Kähler war dann als Portier tätig und stand bald an erster Stelle der Bewegung der Handelshilfsarbeiter. Er war Mitbegründer des Transportarbeiterverbandes und führte die Geschäfte der Hauptkassa von der Gründung 1897 ab ehrenamtlich, bis er vom Nürnberger Verbandstage ab 1901 als hauptkassierer angestellt wurde. Bereits vor Kriegsausbruch wurde er pensioniert, verließ dann aber seinen Posten noch weiter bis zum Jahre 1916. Der Tod hat ihn von so schweren Leiden erlöst.

Die Betriebsräte der Metallindustrie

werden zum 5. Dezember nach Leipzig zusammenberufen, wo der erste Reichskongress stattfinden soll, den der Deutsche Metallarbeiterverband einberuft. Folgende Tagesordnung ist vorgegeben:

1. Wirtschaftsfragen.
 - a) Weltwirtschaft. Referent: Dr. Otto Bauer, Wien.
 - b) Die deutsche Wirtschaft. Referent: Dr. R. Hilferding, Berlin.
 - c) Kohle und Eisen. Referent: Otto Hue, Essen.
 - d) Sozialisierung und Konzerne. Referent: Dr. Einstein, Stuttgart.
2. Aufgaben und Bildung der Betriebsräte. Referenten: Robert Dühmann und Engelbert Graf, Stuttgart.

530 Delegierte sind zu wählen. Wahlberechtigt und wählbar sind nur aktiv tätige Betriebsräte, für deren Betriebe die vor Monaten ausgegebene Betriebsräte-Kartothekkarte ausgefüllt und an die Organisation eingeschickt wurde. Das nähere Wahlreglement zur Delegiertenwahl wird noch ausgegeben.

Die Maß- und Reparaturschuhmacher nahmen am Donnerstag in einer außerordentlichen Branchensammlung zu der Lage

Stellung, die durch die Ablehnung des Schiedspruches durch die Groß-Berliner Innung entstanden ist. Den Bericht erstattete Schüller und Höhr. Beim Oberpräsidenten als Demobilisierungskommissar ist die allgemeine Verbindlichkeitsklärung beantragt worden. Die Sitzung, die sich damit befaßt wird, findet am kommenden Montag vormittag statt. Bis dahin haben die Unternehmer Gelegenheit, beim Zentralverband der Schuhmacher schriftlich zu erklären, ob sie den Schiedspruch annehmen. Von einer Beschlußfassung über einen eventuellen Streit wurde Abstand genommen, da sich am Montagabend, den 24. Oktober, eine öffentliche Verammlung in der Königsbank, Große Frankfurter Straße 117, mit den weiter zu treffenden Maßnahmen beschäftigen wird. Bis dahin wird auch das Ergebnis der Verhandlung beim Demobilisierungsausschuß bekannt sein.

Der Konflikt im Versicherungsgerwebe ist nunmehr beigelegt. Am 12. Oktober wurde von den Parteien eine widerwillige zentrale Vereinbarung getroffen, durch welche die Gehälter bis Ende dieses Jahres neu geregelt wurden. Die Währungsfrist war am Mittwoch abgelaufen, ohne daß einer der beteiligten Verbände von dem Währungsrecht Gebrauch gemacht hätte. Die von den Versicherungsangehörigen in den letzten Wochen bewiesene Kompfessult und Schloßfertigkeit bietet Gewähr dafür, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung des von den Arbeitgebern geforderten Reichsarbeits alle beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich abgewehrt werden können.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 35 BRG. Betriebsratsmitglieder, welche freigestellt sind, können Lohn nur für die Zeit beanspruchen, in welcher die Abstellung, der sie entfallen, gearbeitet hat. In diesem Sinne entschied das Gemerbsgericht Charlottenburg am 2. November 1920. Aus der Begründung entnehmen wir:

„Der Anspruch auf eine höhere Entlohnung ist nicht gerechtfertigt. Klägerin widmet ihre gesamte Tätigkeit den Betriebsratsarbeiten; zu ihren beruflichen Arbeiten kommt sie überhaupt nicht. Dessen ungeachtet kann sie nicht mehr Lohn beanspruchen, als die anderen Arbeiterinnen ihres Berufes in der streikenden Woche bei der Befolgung im Höchsthalle verdient haben. Die Mitglieder der Betriebsräte verwalten ihr Amt unentgeltlich. Nach dem Gesetz darf das Betriebsratsmitglied durch keine Tätigkeit seinen Verlust an Entlohnung oder Gehaltszahlung erleiden. Dementsprechend kann Klägerin auch keine höhere Entlohnung durch ihre Tätigkeit als Mitglied des Betriebsrates erhalten. Für die Zeit, die sie den Betriebsratsarbeiten über die Arbeitszeit ihrer Berufsangehörigen hinaus widmete, kann sie nicht Vergütung verlangen. Die Ansicht der Klägerin, daß sie die volle Arbeitszeit schon um deswillen beanspruchen könne, weil sie nicht nur Vertreterin der Abteilung 311 der Pumperinnen, sondern als Mitglied des Betriebsrates und des Betriebsausschusses die Interessen des gesamten Betriebes wahrzunehmen habe, ist rechtsirrtümlich. Nach dieser Auffassung könnte Klägerin, wenn sie in einer niedriger entlohnten Gehaltsgruppe tätig gewesen sei, nach ihrer Wahl zum Betriebsratsmitglied oder auch höher entlohnte Gehaltsgruppen vertreten, das Gehalt der höher entlohnten Gehaltsgruppe verlangen, lediglich weil sie als Mitglied des Betriebsrates die Interessen auch dieser Gruppe vertritt. Diese Folgerung beweist das Abwegige der Rechtsauffassung der Klägerin.“

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Beamtentand. Provinzialpartei Berlin: Sonntag vorm. 10½ Uhr „Neu-Welt“, Rosenheide, öffentliche Protestversammlung. „Berlin keine Einheitsortskasse“.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, V. u. G., Samburo. Filiale Vankow-Nieder-Schönhausen: Heute abend 9 Uhr Mitgliederversammlung bei Schill, Floridor, 11. — Freizeitspiele Gemeinde. Sonntag vormittag 11 Uhr im Rathaus, Königsplatz, Vortrag des Herrn Dr. Stumpf „Christentum und Sozialismus“. Harmonium: Die beiden Orchestere (Schubert). Gäste willkommen.

Veranst. für den Herbst. Teil: Dr. Werner Weiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Glöde, Berlin. Verlag: Bornharts-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornharts-Verlagsdruckerei u. Verlagsbuchhandlung Born Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Stern 2 Verlag.

Eine ernste Frage!

Warum lassen Sie bei den teuren Kaffeepreisen so viele wertvolle Bestandteile der Bohne ungenutzt?

Eine Zugabe von Weber's

Carlsbader Kaffeegewürz

bringt das flüchtige Aroma der Kaffeebohne unter dem Einfluß kochenden Wassers voll zur Entwicklung. Die starke Ausnutzung der Bohne erhöht den Wohlgeschmack und die Farbkraft des Getränkes, verursacht also eine sehr fühlbare Ersparnis.

„Weber's Carlsbader“ ist in der praktischen Würfelpackung überall zu haben.



Ab Sonnabend Großer Schuhverkauf zu enorm billigen Preisen!!

| Größe | 21/30 | 27/30 | 25/26 |
|---|--------------------|-----------|--------|
| Kinder Stiefel | 30.— | 29.— | 23.— |
| Kinder-Stiefel in Robchevreau | 72.50 | 65.— | 45.— |
| Burschen-Stiefel | Gr. 36/40 von 65.— | bis 142.— | |
| Herren-Stiefel | Gr. 40/46 von 70.— | bis 160.— | |
| Militär-Schnürschuhe, wieder instandgesetzt | | | 16.50 |
| Militär-Schafstiefel | | | 36.— |
| Damen-Stiefel | 145.— | 110.— | 90.— |
| Hauschuhe aus Robchevreau f. Damen | 55.— | f. Herren | 68.50 |
| Filzschallenschuhe für Damen | | 26.50 | 23.— |
| Filzschallenschuhe für Kinder | 21.50 | 19.50 | 18.50 |
| Schuhe mit Holzsohlen für den Winter von | 9.— | bis 15.— | |
| Holzpanzeln für Kinder | | | 1.50 |
| Holzandalen | | | 0.90 |
| Herren-Hosen, moderne Streifen | 85.— | 87.50 | 118.75 |
| | | | 187.50 |

| | | |
|--|-------|--------------------------|
| Herren-Bauch-Hosen, moderne Streifen | 165.— | 185.— |
| Burschen-Hosen | | 60.— |
| Herren-Hemden, wollgemischt | 45.— | 48.— |
| Herren-Unterbeinkleider, wollgemischt | | 44.— |
| | | Coper Nessel 24.50 |
| Herren-Socken | 3.75 | 6.50 9.— 9.50 |
| Knaben-Hosen aus Altmaterial | | 12.50 |
| Knaben-Einknopfblusen | | 5.75 |
| Militär-Mäntel, instandgesetzt | | 60.— |
| Mädchen-Mäntel | 31.— | 37.— 43.— 48.— 53.— 58.— |
| Baby-Kleidchen | | 10.50 |
| Kinder-Sweater-Anzüge | 19.50 | 21.50 24.50 26.50 |
| Damen-Kostüme, auf Halbseide gefüttert, blau und schwarz | | 210.— 250.— |
| Damen-Kostüme, farbig | 125.— | 225.— 290.— |

Annahme von Schuh-Reparaturen zu Tagespreisen in jeder Verkaufsstelle.

KVG Kleider-Vertrieb G. m. b. H.
Verkaufsstelle der Erzeugnisse der städtischen Blindenanstalt.
Annahme von Schuhreparaturen zu billigsten Tagespreisen.

Hauptgeschäft: Kommandantenstraße 80-81
3. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Straße 33
3. Verkaufsstelle: Lichtenberg, Frankl. Allee 82
4. Verkaufsstelle: Neukölln, Bergstraße 20
5. Verkaufsstelle: Norden, Hüllerstraße 181

KVG

Groß-Berlin

Briefe und Stintgraben.

Diese Wochen voll milder und verklärter Herbstsonne waren zu schön, als daß man glauben möchte, sie müßten jetzt ewigen Nebel- und Regentagen weichen. Die immer noch weiche Luft und die Schönheit des herbstlichen Waldes locken den Wanderer am Sonntag hinaus in Heide und Wald, an See, Bach und Fließ.

Nicht als wilde Gebirgsbäche eilen die märkischen Gewässer zu Tal; sie zwingen ihren Lauf nicht durch steilanstrebende Felswände und gischten und tosen nicht über Felsstrümmen. Leise murmelnd, sanft plätschernd ziehen sie ihre Bahn, sie fließen gemächlich ihrem Ziel zu. Eins der schönsten märkischen Fließe ist die Briefe. Sie hat ihren Ursprung im Wandliger See und entwässert die Barnimhochfläche nach Osten; bei Birkenwerder mündet sie in die Havel. Die Briefe hat eine Länge von etwa 16 Kilometern, und der Höhenunterschied zwischen ihrem Ursprung und ihrer Mündung beträgt etwa 16 Meter. Ihr Name ist wendisch und hängt mit der Birke zusammen. Hieraus deutet ja auch Birkenwerder.

Mit den Borortzügen der Nordbahn geht es bis Birkenwerder und dann zur Kolonie Briefe. Auf dem Nordufer des Fließes führt der Weg gen Ost weiter durch prächtigen Kiefernhochwald. An der Eisenquelle geht es auf das andere Ufer hinüber und in gleicher Richtung weiter bis zur Steinernen Brücke. Der Lauf der Briefe zeigt viele Krümmungen, an denen die Erscheinungen des Gleitgangs und Prallgangs sehr gut beobachtet werden können. Die zahlreichen Uferbenheiten der Uferwände drängen das Wasser vom geraden Wege ab. Am Vollufer (die konvexe Seite der Krümmung) ist die Strömung nur schwach, deshalb lagern sich die vom Wasser mitgeführten Stoffe hier leichter ab; diese Uferseite ist der Gleitgang. An das gegenüberliegende Hohlufer (konkave Seite) prallt die Strömung mit voller Kraft an, da das Wasser infolge des Beharrungsvermögens möglichst in seiner bisherigen Bahn fortfließen will; diese Uferseite ist der Prallgang. Die Brücke wird überschritten und dann geht's nach Nordwest. Bald liegt rechts vom Wege der ehemalige Teufelsee, jetzt eine sumpfige Niederung. Der Sage nach soll hier einst die alte Försterei Wenschenhof gestanden haben, die während eines fürchterlichen Unwetters in die Tiefe sank; an ihrer Stelle bildete sich der Teufelsee. Der Teufel fuhr zuweilen in einem Kahn über das Wasser, um zu erpöhen, ob nicht die Seele des ertrunkenen Förstlers aus der Tiefe heraufsteige. Hart am Wege stand eine alte Eiche von über 5 Meter Umfang, an der der Teufel seinen Kahn befestigte. Vor einiger Zeit ist dieser Baumriese dem Feuer zum Opfer gefallen, das durch die Unachtsamkeit sogenannter "Wanderer" entstanden war.

Am Rande des Teufelsees entlang geht's zur Försterei Wenschenhof. Die Briefe fließt hier in einem lieblichen Waldtal dahin. Beim Forsthaus Jähnsdorf erreicht man die Liebenwälder Chaussee und wendet sich nordwestlich nach Schmachthagen, einem alten Ort, der zuerst in einer Urkunde von 1350 erwähnt wurde. Vom Südbende des Ortes geht es dann in nordwestlicher Richtung, zuerst am Waldrand, alsdann durch Kiefernwald zum Stintgraben, das Verbindungsfließ des Grabowsees mit dem Behnitzsee. Vom Grabowsee erstreckt sich eine sumpfige Niederung, die mit Erlenbruchwald bestanden ist, zu beiden Seiten des Stintgrabens etwa 1 Kilometer nach Süden. Sie ist der verlandete Teil des Sees, der sich in früheren Zeiten bis hierher ausdehnte. Auf einem Fußpfad am Ostrand der Niederung geht es südwärts und bald ist man neben dem Stintgraben, ebenfalls ein Fließ, das sich lustig plätschernd durch den Waldesgrund schlängelt.

Eine Chausseebedelle überschreitet das Fließ. Die Chaussee ist von alten, starken Eichen besäumt. Bald zeigt sich der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin. Nach Norden zu liegen die umfangreichen Schleusenanlagen, nach Süden schweift der Blick über den Behnitzsee, durch den die neue Wasserstraße führt. An der Chausseegebelung geht es in südwestlicher Richtung weiter nach Oranienburg. Wer noch Zeit und Lust hat, beschließe die Wanderung mit einem Rundgang durch das freundliche Havelstädtchen. Weglänge (ohne Rundgang) etwa 20 Kilometer.

Die Sozialdemokraten im neuen Stadtparlament.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hatte bisher 39 Mitglieder und wird künftig 46 Mitglieder haben. Von den bisherigen Mitgliedern scheidet folgende 10 von vornherein aus: Brückner, Bruns, Ewald, Frank, Hoffes, Hirsch, Holz, Jahn,

Scharff, Frau Schröder. Sie waren nicht wieder auf die Kandidatenliste gesetzt worden, meist deshalb nicht, weil sie Bezirksämtern als Bürgermeister oder Stadträte angehören. Die übrigen 29 Mitglieder wurden wieder auf die Kandidatenliste gesetzt, doch treten folgende 5 einstweilen noch nicht wieder in die Stadtverordnetenversammlung ein, sondern bleiben Ersatz für etwa ausscheidende Mitglieder der Fraktion: Blum, Borchardt, Hartung, Regle, Meyer. In die neue Stadtverordnetenversammlung treten ein von den bisherigen Mitgliedern unserer Fraktion die folgenden 24: aus Kreis 1: Loewy, Frau Wygodzinski; Kreis 2: Heilmann, Schuldt; Kreis 3: Prolat; Kreis 4: Frau Schmitz; Kreis 5: Müntzer, Frau Hoppe, Herrmann; Kreis 6: Pfannsch, Frau Kulide, Dittmer; Kreis 10: Ostrowski; Kreis 11: Czerninski; Kreis 12: Heitmann, Gutschmidt, Frau Scholz; Kreis 13: Bold, Hah; Kreis 15: Ketter; von der Stadtliste: Frau Riedger, Lohmann, Suble, Schlegel. Als Neugewählte treten folgende 22 Mitglieder ein: aus Kreis 1: Paul Horsch; Kreis 3: Fritz Drews, Aug. Pätzold, Wilhelmine Weide; Kreis 4: Theod. Fischer, Max Kemnig, Max Kreuziger; Kreis 6: Theod. Stöck, Karl Heßhold; Kreis 7: Alfr. Witt, Gertrud Zuder; Kreis 8: Gottl. Mänsinger; Kreis 9: Herm. Lüdemann; Kreis 10: Fritz Binte; Kreis 11: Fritz Kaspar; Kreis 12: Herm. Kunze; Kreis 14: Ernst Arndt, Franz Käming; Kreis 15: Ludw. Hodyapp; von der Stadtliste: Franz Krüger, Franz Bahr, Erich Flatau. Unter den 46 Mitgliedern sind 8 Frauen.

Der Fall Rozenblum.

Ein politischer Raubakt gegen einen Berräter liegt einem Vorprozess zugrunde, welcher gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schmitz-Bianke begann. Wegen Raubes, begangen an dem politischen Agenten Theodor Rozenblum, genannt "Theodor Körner", war der in Biteszt in Rußland gebürtige 25jährige Schuhmacher Chaim Buchwalter angeklagt.

Der Ermordete, der sich in Deutschland den Namen Theodor Körner beigelegt hatte, war eine etwas dunkle Persönlichkeit. Er stammte aus Lodz, wo seine Eltern noch anständig sind, und war erst im März 1920 nach Berlin gekommen, um nicht in die polnische Armee einreten zu müssen. Hier betätigte sich Rozenblum als politischer Agent für Polen und versuchte als solcher zeitweilig über sehr große Summen, welche er in Tanz- und Weinstuben verjubelte. Dies hatte zur Folge, daß er sich häufig auch in großer Geldbedrängnis befand. Aus diesem Grunde soll Rozenblum tatsächlich den Versuch gemacht haben, mit deutschen Behörden, und zwar mit dem Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit, in Verbindung zu treten, um diesem Material über die kommunistische Bewegung in Rußland und Polen zu liefern. Rozenblum hatte auch eine Unterredung mit Oberregierungsrat Weiß, jedoch hat man sich deutscherseits seiner Hilfe nicht bedient. Er wohnte zu jener Zeit unter dem Namen Körner bei einer Frau Grünher, wo er den Besuch zahlreicher Polen, u. a. auch des Angeklagten Buchwalter, empfing. Wie die Anklage annimmt, hatte er in Erfahrung gebracht, daß seine Landsleute seine Berräterrolle entdeckt hätten. Er fühlte sich deshalb seines Lebens nicht mehr sicher und betrat wochenlang nicht seine Wohnung, weil ihm mitgeteilt worden war, daß diese von bolschewistisch-kommunistischen Parteianghörigen Tag und Nacht beobachtet wurde. Als Rozenblum am 23. Februar d. J. in seine Wohnung kam, erschien bald darauf der jähige Angeklagte Buchwalter. Die Unterhaltung wurde erst in ruhigem Tone geführt. Richtig vernahm die Frau Grünher einen gelassenen Aufschrei und von Rozenblum ihren Namen rufen. Sie lief in das Zimmer und sah hier, wie der Angeklagte wie ein Unsiniger mit einem Dolch auf Rozenblum einfiel. Hausbewohner nahmen den Mörder fest und holten einen Arzt, der aber nur noch den Tod des Rozenblum feststellen konnte.

In seiner ersten Vernehmung hatte der Angeklagte offen zugegeben, die Tat mit vollster Ueberzeugung ausgeführt zu haben. Später behauptete er allerdings, daß er mit Rozenblum, als er ihm Vorhaltungen über sein verräterisches Verhalten gemacht habe, in Streit geraten sei und dann in der Erregung auf ihn eingestochen habe. Von den Rechtsanwältinnen Justizrat Dr. Broh und Justizrat Dr. Viktor Frankl ist auf das Zeugnis mehrerer Arbeitskollegen des Angeklagten und ferner auf das Gutachten des Medizinalrats Dr. Stoermer Bezug genommen, daß Buchwalter ein sehr er-

regbarer Mensch sei, der mitunter den Eindruck eines Selbstbesessenen mache.

Wegen Körpermißhandlung mit Todeserfolg unter Verneinung mildernder Umstände wurde der Angeklagte Chaim Buchwalter zu 4 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

Aus der monarchistischen Ecke.

Die wilden Männer mit der Königskrone.

Der Erste Staatsanwalt bei dem Landgericht Berlin II verwendet zum Verschluß seiner Schriftstücke Siegelmarken, die in der Umschrift das alte Wort "königliches Landgericht" vermissen lassen, also ganz offensichtlich im Druck neu hergestellt sind. Höchst merkwürdig aber ist es von dem Herrn Ersten Staatsanwalt beim Landgericht II in Berlin, daß er im Mittelfeld seiner Siegelmarken noch das alte preussische Königswappen verwendet: Im Mittelfeld, das von den bekannten "wildemännern" gehalten wird, der alte preussische Adler mit den weit gespreizten Flügeln und mit Szepter und Apfel in den Klauen und mit der Königskrone auf dem Kopf. Ueber dem Schild aber groß und demontrativ die preussische Königskrone.

Der Herr Erste Staatsanwalt beim Landgericht II zu Berlin würde uns mit einer Nachricht erfreuen, ob er glaubt, daß durch derartige monarchistische Embleme wohl das so dringend notwendige Gefühl für die Autorität des Staates geweckt und gefördert wird.

Verhärtete Bucherkontrolle.

Wieder ist die unerfreuliche Erscheinung eingetreten, daß eine Teuerungswelle mißbraucht wird, um für Gegenstände des täglichen Bedarfs Preise zu fordern, die trotz der wirtschaftlichen Lage nicht begründet sind. Um dieser Willkür entgegenzutreten, ist die Abteilung B. des Polizeipräsidiums durch besondere ministerielle Weisung beauftragt worden, ihre zu diesem Zwecke besonders vorgebildeten Beamten mit einer verhärteten Kontrolle vor allem der Preise in den Lebensmittelgeschäften und Schankwirtschaften zu beauftragen. Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß bei nachgewiesenem Preiswucher bzw. Preistreibern neben gerichtlicher Bestrafung Entziehung der Handlungserlaubnis verfügt werden kann. Diese polizeilichen Maßnahmen werden jedoch nur dann den gewünschten Erfolg haben, wenn das Publikum, zu dessen Schutz diese Anordnungen getroffen worden sind, die Beamten verständnisvoll unterstützt und zu seiner Kenntnis gelangende Verstöße dieser Art der Abteilung B. des Polizeipräsidiums, Magazinstr. 3-5, den Polizeiamt oder Polizeirevierern zuleitet.

Steuerzahlung.

Das Bezirksamt Friedrichshagen erinnert durch öffentliche Mahnung an die Zahlung aller in seinem Gebiete noch rückständigen Gewerbe- und Grundsteuern. Wir machen unsere Leser auf diese Bekanntmachung aufmerksam und weisen besonders darauf hin, daß nach fruchtlosem Ablauf der Mahnfrist vom 5. November 1921 ab die zwangsweise Einziehung der Steuerreste durch Pfändung, insbesondere von Mieten, Gehältern und anderen Forderungen erfolgt. Es wird noch darauf hingewiesen, daß nach der Verordnung betreffend Aufrechterhaltung der Gebühren im Verwaltungszwangsjahren vom 29. April 1921 (Preuß. Gesetzsammlung 1921, Nr. 33) auch für die öffentliche Mahnung Gebühren zu entrichten sind, deren Höhe durch öffentliche Mahnung — Säulenanschlag — bekanntzugeben ist.

Ferner wird in Erinnerung gebracht, daß die Kapitalertragsteuer, das Einkommensteuer, sowie die Abgabe vom Vermögenszuwachs und vom Einkommen nicht mehr an die städtischen Steuerstellen, sondern an die zuständigen Finanzklassen zu zahlen sind.

Weiterer Lichtbildzwang für Zeitkarten.

Der Reichsverkehrsminister hat eine kommunistische Anfrage, die die Aufhebung des Lichtbildzwanges für Zeitkarten vertritt, dahin beantwortet, daß die verhängsweise Einführung auf einige Strecken der Direktion Berlin (Wannsee), Dresden, Breslau, Erfurt, Halle und Altona zunächst weiter angewendet werden soll. Bisher hat sich diese Einrichtung besonders zur Erhöhung der Einnahmen bewährt, da der Abfall von Zeitkarten im Monat nach der Einführung des Verfahrens um etwa 30 v. H. zunahm; ebenso stieg die Zahl der gestohlenen Einzelfahrkarten. Auch der Umfang der Durchstreicherien mit Zeitfahrkarten ist durch den Lichtbildzwang eingeschränkt worden.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

Reid erfüllte ihn gegen die Kraft, die aus Theas Entschluß sprach. "Warum konnte ich das damals nicht tun, als ich jung war wie sie und am Kreuzweg stand? Ich war zu sehr mit Gedanken belastet. Wer denkt, trägt Ketten. Wer fühlt, trägt Flügel. Ich werde noch heute alle meine philosophischen Bücher verbrennen, und die Schopenhauerbüste verkaufe ich einem Trödler am Altstädtischen Graben, und vom Erlös kaufe ich mir Rotpohn bei Wänke und trinke auf Jugend und Rückständigkeit. Prost Leben, du hast Recht. Prost Thea, du hast auch Recht." Und nun fand er tausend Gründe für ihr Verhalten. Und nun fühlte er auch die Kraft, es Henning zu sagen.

Schnell ging er durchs Tor zurück und bog in die Straßen ein. An der alten Trinitatiskirche dort im Dach das große Kreuz sprach von einem Mönch, der wegen einer aussichtslosen Liebe — gegen alle Vernunft — sich vor Jahrhunderten da hinabgestürzt.

Wie konsequent sie alle waren, wenn sie lühten! Gedanken sind wie Quecksilber: unruhig, und wenn man sie fassen will, entgleiten sie und verändern beim Zugreifen die Form. Aber Gefühle sind gradlinig und sicher.

Endlich stand er an der Haltestelle der elektrischen Bahn. Da drückte ihm jemand die Hand: Henning. Er trug Blumen in der Hand. "Hast du auch noch nicht gegessen?"

"Ich esse heute in der Stadt," sagte der Oberlehrer.

"Guten Appetit! Ich esse heute bei euch."

Den Oberlehrer durchfuhr es: Nun mußte er es sagen, ehe jener es von den anderen erfuhr. "Henning, du bist so fröhlich, daß es mich schmerzt, dir etwas mitzuteilen, was dein Leben für eine Weile verdunkeln wird."

"Das glaube ich nicht." Henning lächelte und schwenkte die Blumen. "Man to, man to!"

"Wenn ich dir nun sage," begann der Oberlehrer stotternd — es war doch viel schwerer, als er gedacht — "wenn ich dir nun sage, daß Thea fortgegangen ist von Hause, nach Berlin?" "Womöglich hat sie auch noch den Kassenstrahl erbrochen?" scherzte Henning.

Er glaubte ihm nicht. "Aber Henning, wenn es nun doch wahr ist?"

"Dann, Onkel, sehe ich mich auf die nächste Bahn und fahre ihr nach und hole sie. Ja, dann hole ich sie" — und

er schwenkte lächelnd den Strauß und schwang sich auf die elektrische Bahn, die schon im Fahren war.

Wie gut gefiel ihm Henning mit einem Male. "Die Jugend ist über ihn gekommen. Er hat sich wiedergefunden. Wie schade eigentlich!"

Als er eine Stunde später zu Hause ankam, trat ihm Fräulein entgegen. "Oben sind zwei Glückliche," sagte sie lächelnd.

"Zwei Glückliche?"

"Ja, Thea und Doktor Henning."

"Thea —" Er mußte sich auf einen Stuhl setzen. Die Krnie zitterten unter ihm, daß er einzuknien fürchtete. "Ja, aber — aber —"

"Ich wollte es Ihnen nur sagen, damit Sie kein Unheil entrichten. Ich habe die ganze Zeit auf Sie gewartet. Sie sind spät gekommen."

"Entschuldigen Sie!" Und er ließ sich erzählen.

Er sah vor sich hin. "Sie befreien mich da von einer großen Last!"

"Sie?"

"Ja, ich fühle mich doch gewissermaßen als Mitschuldigen."

"Sie?"

Er sah sie verdutzt an. "Wissen Sie denn nicht alles? Ich habe Thea ja geholfen. Wenn ein Unglück geschehen wäre, hätte ich mein Lebtag daran zu tragen gehabt. Ich hätte mich für sie verantwortlich gefühlt."

"Ich glaube, Thea ist alt genug, selber die Verantwortung für sich zu tragen," sagte Fräulein ernst, und sie setzte hinzu: "Ich glaube, sie ist auch stark genug dazu."

"Stark? Ach nein, stark ist sie nicht. Aber zäh — das sind wir alle."

"Aber Henning ist nicht zäh," begann Fräulein nach einer Weile. "Ich glaube, er wäre zerbrochen."

"Ja, ja, der arme Kerl." Der Oberlehrer ließ merods im Zimmer auf und ab. "Aber schließlich ist er doch ein Mann, und er hätte es schon tragen müssen. Kennen Sie meinen Lieblingspruch? 'Trage auch dies, mein Herz, schon Schwere hast du getragen —' Oduffens sagt ihn bei Homer. Wissen Sie, das ist das schönste Buch nächst der Bibel, und beide sind viel zu schade für die Schule."

"Der Spruch ist schön und tröstend. Ja. Aber nun ist ja alles gut. Und soweit ich Thea kenne, wird sie all ihre Zärtlichkeit verdoppeln, um ihm das zu erlesen, was sie ihm fast genommen hätte. Sie ist im Grunde gut, und er wird glücklich sein."

"Und das ist Ihr Wert. Soviel Dankbarkeit gibt es ja gar nicht, als wir beide Ihnen nun schulden," Fräulein lächelte.

"Und das Leben ist doch immer noch um ein Grad gescheiter als die Gescheitesten von uns."

"Ja. Aber nun muß ich gehen. Ich glaube, man erwartet mich oben mit Schmerzen."

"Er sah verlegen beiseite. "Es bleibt alles unter uns, nicht wahr? Alles, was diese Nacht geschehen?"

"Selbstverständlich."

"Das wollte ich Sie doch noch gebeten haben. Man hat es nämlich nicht gerne, wenn alle einen für einen Esel halten."

Als sie sich schon zur Türe wandte, kam er ihr nach und hielt ihre Hand fest. "Wir werden es Ihnen alle lohnen."

"Das glaube ich nicht," sagte Fräulein.

"Natürlich, es weiß ja außer mir niemand davon. Aber wem es alle wüßten —"

"Auch dann nicht!"

"Siehe da, der Pessimismus meines Herrn Schopenhauer scheint anzustecken. Warum glauben Sie denn nicht?"

"Ich habe so meine Gründe," sagte Fräulein diplomatisch.

"Sie können sie ruhig angeben. Ich bin in Familienangelegenheiten sowelt neutral."

"Erlens", sagte Fräulein, "ist man niemand dankbar, der einen Einblick in eine Familienverirrung gewinnt, und zweitens —"

"Nun, zweitens?"

"Zweitens bin ich hier doch nur eine Angestellte."

Der Oberlehrer ging auf sie zu und reichte ihr beide Hände. "Die Freundin der Familie sind Sie." Fräulein wehrte ab. "Zum Donnerwetter, dann sangen Sie wenigstens mit mir an. Nun?"

Fräulein legte ihre Hand in seine, die noch immer ausgestreckt war.

"Wie zart Ihre Hände sind." Seine Stimme wurde leise und andächtig. "So klein, und sie fassen das Steuer doch so fest."

"Ich habe es lernen müssen."

"Sie sind tapfer."

"Es war nicht immer leicht," sagte Fräulein und sah hinaus in den blauen Himmel. . .

"Was Sie doch alles fertig kriegen, Sie kleine Person. Sie haben der Familie gestern, ohne daß sie es ahnt, den größten Dienst erwiesen."

"Dazu bin ich ja da, Dienste zu erweisen," sagte Fräulein lächelnd.

Er sah sie forschend an. "Wenn Sie lächeln, sind Sie eigentlich sehr hübsch, Fräulein. Wissen Sie das?"

"Ich weiß. Ich lächle aber selten. . ." (Fortf. folgt.)



SOENNECKEN
BONNA-FEDER

Überall erhältlich
F. SOENNECKEN • BONN • Suria W. Traubestr. 16-18

Passage-Theater
Unter d. Linden 22-23 / Dir.: M. Soliman

Ab Freitag, 21. Oktober
2 Uraufführungen 2
Der Mann im schwarzen Mantel
Kriminal-Abenteuer-Film in 5 Akten

Der Dolchstoß
Sensationelle Begebenheit in 5 Akten
In der Hauptrolle:
TATJANA GRRAH

PAUL CASSIRER

AUKTIONSAUSSTELLUNG
DER VERSTEIGERUNGEN
C. G. BOERNER (LEIPZIG)

DÜRER
REMBRANDT
GOYA · MANET
KLINGER

Freitag, D. 21. — Sonntag, D. 23. X.
VICTORIASTRASSE 35

Heute (Sonnabend) u. Morgen (Sonntag)
Heitere Abende

MARCELL SALZER

Beethovenaal
8 Uhr
Kart. M. 6-16 inkl. St. b. Bote & Bock, Werth. u. Abendkasse

Potpourri
Bellevuestraße 4

Allabendlich der große Erfolg mit
Siegfr. Berisch, H. Bloß, Jos. Fleischmann
Ab 10^{1/2} Gesellschaftstanz.

Voranzeige! Sonnabend, den 22. Oktbr., nachmittags 4 Uhr
Eleg. Gesellschaftstanz - Tee
mit Tanzvorführungen bei freiem Eintritt.
No-Lendorf 4156

Garderoben

für Herren und Damen trotz der gewaltigen Preissteigerung infolge großer Lagerbestände noch zu allen, niedrigen Preisen und auf bequemere

Teilzahlung

Beispiele:
Anzüge M. 675, 775, 875, 975 — u. darüber
Raglan „ 350, 450, 550, 650
Damenmantel M. 220, 450, 650, 850
Damenkleider „ 350, 495, 595, 695

Außerdem: Große Auswahl in Cutaways, gestreiften Hosen, Schüppern, Paletots für Herren, Kostümen, Röcken usw. für Damen

Grebler Welbergsweg 4, I. Etage am Rosenthaler Platz.

UFA-PALAST AM ZOO

8 Uhr Heute 8 Uhr

Uraufführung

Das indische Grabmal

ERSTER TEIL

Der Welt grösster Film!

Regie: JOE MAY

Die Karten für die heutige Uraufführung sind bereits vergriffen. Vorverkauf für die folgenden Tage von 11-2 Uhr. Ehren- und Freikarten ungtig!

Kleines Schauspielhaus
Charlottenburg, Falanenstr. 1

Allabendlich 7^{1/2} Uhr:

Kiki

Luftspiel mit
Käthe Dorsch

Unreines Blut
und dessen Folgeerscheinungen, wie Hautjucken, Purpurl, Gesichtspickel, werden gesiegt durch Anwend. einer Herbatkur mit **Dr. Koffbauers gas. gesch. Arsen-Lecithin-Pillen**

Leicht bekömmlich! Blutbildend!
100 Stck. 15.—, Korpak. M. 55.— u. 85.—
Ausführliche Literatur gratis.

Elefant-Apotheke, Berlin SW
Leipziger Straße 74 (Dönhofsplatz).
Zentrum 7192

Export! Elektricitätswert-Anlagen
3 Diesel-Motoren

gebraucht, durch Heberland-Instal. freigegeben. preiswert zu verkaufen. Größer große Motor- Werkzeuge und Hausgeräte. 2565
Mader & Co., Leipzig, Simfahstr. 2.

Betrifft: Berlin, im Oktober.

Dempsey-Carpentier
In Amerika zahlten die Zuschauer hunderte Dollars, um in der Gluthitze aus großer Entfernung etwas von dem Kampfe zu erhaschen!

In Deutschland sehen Sie diesen interessanten Kampf für mäbiges Entree von bequemen Sesseln aus auf einer 80 qm großen Fläche in allen seinen Einzelheiten als Sondernummer unseres gewaltigen Varieté-Programms!

Täglich 8 Uhr: **SCALA**

Sonntag 3³⁰ zu halben Preisen das volle Programm mit Dempsey-Carpentier.

Alle Artikel zum **Selbstrasieren** Kopp & Joseph Berlin W 50 Potsdamer Straße 122 in vorzügl. Qualität und groß. Auswahl

Was die **Mode bringt** erhalten Sie in der diskretsten Weise **an Kredit**

Fertig am Lager
Sonnabend bis Samstag
Winter-Überster Paletots
Jackent- u. Cutaway Anzüge
Ersatz für Maß!
Damen-Konfektion

Möbel-Einrichtungen in 4 Etagen.

A. Damit
Rosenthaler Str. 44-47

Circus Busch
18. 7^{1/2} Uhr, auch 3 U.
Am Sonntag nachm. 3 Uhr
1 Kind frei!
Sämtl. Sensationen

Theater am **Kurfürstendamm**
Allabendl. 8 Uhr
Ingeborg
Eckersberg, Sandrock, Götz, Günther, Walter

Tribüne. 8 Uhr:
Wettlauf mit dem Schatten
Heima, Winterstein, Oppen

Größenwahn
Leitung: Rosa Valetti
Allabendl. 8^{1/2} Uhr

Casino-Theater
Lothringer Str. 37
Nur noch bis inkl. 3. Nov.
Exzellenz Maxe
Freitag, 4. Nov., 2. Male:
Der Weg zum Glück.
Volksstück in 4 Akten.
Sonn. 2^{1/2}; Pantoffelheld

Nelson
THEATER
7^{1/2} täglich 7^{1/2}
Die neue Revue:
„Bitte zahlen“

Eugen Burg und Louis Taufstein
Gesangstexte von Teobald Tiger, Willi Sähr u. Erich Glaser
Musik von Rudolf Nelson
Tanz: Robert Négret

7 Uhr
Der deutsche Film amerikanischen Stils:
Der vergiftete Strom
Spannung und Humor

Herkules Hopps
Der IL Plastik-Film

TERRA THEATER
Hardenbergstr. 6

Vien
14 Varieté-Sensationen
Beginn 7³⁰ Uhr
Kein Weinverbot

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger
Abds. 7^{1/2} u. 9¹⁵ Uhr
Sonn. 1¹⁵ Uhr
Nichtm. 1¹⁵ Pr
Varieté-Dinohof-Brettel

Platin
Gold-, Silber-, Zinns
Bismut
Stel. Kupfer, Quecksilber, u. s. w.
taucht Entzöser Scharnow
Bangert, 33, am Schief. Pfl.

Auf Teilzahl g!
Herren-Anzüge
Schlupfer, Raglans
in guter moderner Ausführung
Gehr. Weber
Kaiserstr. 25a
I. Etage.

CARL STERNHEIM FAIRFAX
Eine politische Erzählung
Kart. M 15.— / Mit dem Motto:
ICH FINDE EUROPA ZUM KOTZEN

Wie ist zu erklären, daß die göttliche, heilige und auch englische Presse Sternheim als den stärksten deutschen Dichter, als einen „Molière aller Zeiten“, den vollendetsten deutschen Dramatiker feiert? Die Gründe liegen tiefer: Nicht umsonst nimmt Sternheim für sich in Anspruch, der einzig wirklich politisch aufgeklärte Dichter der Gegenwart zu sein.
Leipziger Neuesten Nachrichten

„Ein Satz von Sternheim wiegt 10 politische Leitartikel.“
Prager Tagblatt

Diese Skizze hat Sternheim in souveräner Stilbeherrschung hingelagt. Er hat die europäische Satire geschrieben. Beunruhigt, Karier
Kein Interessierter kann an dieser ästhetischen satirischen Kraft vorübergehen.
Köln. Allg. Zeitung

Dieser Querschnitt durch Zeit und Menschheit hat überragende Bedeutung. Film, Leipzig
Alles ist da, um diese 85 Seiten ergreifend zu machen: Geist, Stil, Kenntnis, Standpunkt.
Ein Dolch hätte! Neue Bad. Landeszeitg.

In jeder guten Buchhandlung, sonst direkt vom
ERNST ROWOHLT VERLAG
BERLIN W 35

SEIDEL & NAUMANN BREJEN

Vertreter: Emil Halbarth
BERLIN W 8, Friedrichstraße 55a
TELEPHON: Zentrum 10440

100000 M. Belohnung!
Welcher Drohkenturischer
bekam Mittwoch, 19. Oktober, um 7 Uhr abends, zwei schwere Raster von der Gröden-Verwaltung Bahnhof Charlottenburg abgehoben und anschließend nach Rantitz, 30 und von dort nach Bahnhof Friedrichstraße zu fahren. Inhalt: Feilscher und Fotoapparate für Wiederlangung obige Belohnung. Zusätzliche Belohnungen: Polizeipräsident Charlottenburg, Zimmer 155.

Central-Möbel-Halle
Berlin, Kommandantenstraße 51

Wohnungs-Einrichtungen
Anfange Bedingungen

Nachlaßversteigerung.
Gente, Sonnabend, den 22. Oktober, vorm. 11 Uhr, werde ich in der Straußberger Straße 48: Spinde, Tische, Sofa, Bettstellen und Betten, Kücheneinrichtungsgegenstände, sowie sonstiges Hausgerät etc. öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Nöhrich, Berichtsbollzieher
Berlin, O 17, Große Frankfurter Straße 8.

6. wir Menschenbestien
muß jeder Friedensfreund gelesen haben!!!
Preis nur 2,30 M.
PIONIER-VERLAG, HAMBURG 44

Kautabak-Niederlage
G. A. Hanewacker, Nordhausen
Grimm & Triepel, Nordhausen
Fischer & Herwig, Hann.-Münden
M. Hansen jr., Hadersleben / Joseph Doms, Ratibor

Max Ziegenhals & Co., Positr. 12
Teleph. Zentr. 2977
Verkauf nur an Händler

Mechanische Werkstatt
mittlere, gut eingerichtet, gegen Kasse gesucht.
Off. u. K. W. 771a an Rud. Mosse, Köpenicker Str 63

Sonnabend, den 22. und Sonntag, den 23. Oktober 1921

Ausstellung von 1600 Rasse-Hunden

in der „Automobil-Halle“ am Kaiserdamm

Fahrverbindungen: Stadtbahnhf. Witzleben, Untergrundb. Kaiserdamm, Straßenbahnlinien D, U, 98, 33, 81, 80, 62, 162

Die Gewerkschaften der Welt.

Die Augustnummer der Internationalen Arbeits-rundschau, der Monatschrift des Internationalen Arbeitsamts, enthält bemerkenswerte Zahlen, die die gewaltige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen seit 1913 anzeigen.

Table with 4 columns: Country, 1913, 1919, 1920. Lists membership numbers for various countries like Argentina, Australia, Belgium, etc.

Es ist bemerkenswert, daß im Jahre 1919 von den insgesamt 42 040 000 Mitgliedern 34 061 000 oder 80 v. H. auf europäische Länder entfielen.

Die christlichen Gewerkschaften 1920.

Im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ wird der Geschäftsbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1920 veröffentlicht.

Wie die freien Gewerkschaften haben auch die gesamten christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre 1920 ihre Mitgliederzahlen gesteigert.

Einige christliche Verbände haben angesichts ihrer bisherigen Mitgliederzahl eine nennenswerte Mitgliederzunahme zu verzeichnen.

Hinsichtlich der Beitragsregelung sind die Christen den Spuren der freien Gewerkschaften gefolgt. Man hat diesen den Vorzug gelassen und setzt auch die Norm aufgestellt.

In den Schlußbemerkungen zum Geschäftsbericht begibt man sich wieder auf das politische Gebiet. Der im Herzogtum für die Monarchie Sympathien hat, dem nun dennoch der fühle Bestand sagen, daß es eine höhere Aufgabe ist, ein 60-Mil-lionen-Volk vom Untergang zu retten.

Ostjuden in Deutschland.

Das Arbeiterfürsorgeamt der Jüdischen Organisationen Deutsch-lands hat eine ausführliche Schrift über die Ostjuden in Deutsch-land herausgegeben; ihr ist folgendes zu entnehmen:

Es besteht eine umfangreiche Hilfs- und Fürsorgeeinrichtung. Von den im Kriege eingewanderten oder hergebrachten ost-jüdischen Arbeitern wurden viele durch die Demobilisationsver-ordnung arbeitslos.

Der Bericht hebt hervor, daß z. B. im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, das von dem Zwang zur Entlassung der Ausländer freigelassen blieb, das Verhältnis zwischen deutschen und ostjüdischen Arbeitern rein kollegial ist.

Schwere Sorgen hat die Unterbringung ostjüdischer Frauen und Kinder den Hilfsorganisationen bereitet. Auch hier konnte manches erreicht werden.

Aus der Partei.

Stellungnahme zum Parteitag.

In zwei Versammlungen nahm die Kasseler Parteioffiziersorganisation zum Östlicher Parteitag Stellung. Dem Bericht folgte eine sich über zwei Abende erstreckende lebhafte Aussprache.

Ein chilenischer Sozialist. Der „Frankf. Zig.“ entnehmen wir folgendes: Vor kurzem starb in Santiago Don Malaquias Concha, der Begründer der chilenischen sozialistischen Partei.

lungen noch übertroffen worden sind, denn die drei hervorragendsten Vertreter der Bourgeoisie sind gekommen, um mich zu empfangen.“

Wirtschaft

Die Preisverhandlungen im Eisenwirtschaftsbund.

Den Arbeitnehmern im gemeinwirtschaftlichen Selbstverwal-tungsrat wird oft zum Vorwurf gemacht, daß sie sich auf den Produzentenstandpunkt stellen und darüber ihre Klassen-interessen als Arbeiter und die Rücksicht auf die Allgemeinheit vernachlässigen.

Der Eisenwirtschaftsbund wurde, wie erinnerlich, als gemein-wirtschaftlicher Selbstverwaltungsrat gegründet mit der Aufgabe, die Versorgung der heimischen Industrie und der Verbraucher zu erträglichen Preisen sicherzustellen.

Das hat sich wieder geändert, seit die Baluta in den letzten Wochen sich erneut verschlechterte. Wieder zogen die Eisenpreise stark an und auf dem Eisenmarkt machte sich das Schiebertum erneut breit.

Die vorgenannten Preise sind Grundpreise für 1000 Kilo-gramm und für Lieferung in Thomashandelsgröße. Der Aufpreis auf Lieferungen in Siemens-Martin-Handelsgröße wurde auf 50 R. für 1000 Kilogramm festgesetzt.

Die vorgenannten Preise sind Grundpreise für 1000 Kilo-gramm und für Lieferung in Thomashandelsgröße. Der Aufpreis auf Lieferungen in Siemens-Martin-Handelsgröße wurde auf 50 R. für 1000 Kilogramm festgesetzt.

Es versteht sich von selbst, daß diese Preise wieder recht statt-liche Gewinnmöglichkeiten lassen; belastet werden durch sie nicht nur die letzten Verbraucher, sondern insbesondere auch die klei-negewerblichen Eisenverbraucher.

Der Streikfall ist damit noch nicht erledigt. Die Arbeitnehmer gedenken vielmehr gegen dieses rückwärtsge Borgehen der Unter-nehmer bei den zuständigen Stellen Einspruch zu erheben.

Der Bericht des Eisenwirtschaftsbundes über diese Verhand-lungen, der von WTB. verbreitet wurde, weiß von diesen scharfen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer natürlich nichts.

Marktnotierungen vom 21. Oktober 1921.

(Die Ziffern in Klammern bedeuten den Kurs vom Tage vorher.) Kopenhagen 3,35 (3,45); Stockholm 2,80 (2,80); Christiania 5,25 (5,00); Zürich 3,45 (3,40); Amsterdam 188 1/2 (189 1/2); Paris 8 1/4 (9 1/4); London — (527 1/2); New York 0,80 (0,66 1/2); Wien 2197 (—); Prag 60 1/2 (—).

Die weitere Erholung der Mark geht aus folgenden amtlich er-mittelten Kursen hervor: 1 Dollar kostete 155,34 gegen vorgef. 157,84 R., 100 holländische Gulden 5204,75 gegen 5344,65 R., 1 Pfund Sterling 615,35 gegen 618,35 R., 100 Schweizer Franken 2857,10 gegen 2867,10 R.

Der Börsenverkehr bleibt infolge des großen Andrangs weiter be-schränkt. In der Woche vom 24. bis 29. Oktober 1921 finden Börseversammlungen der Abteilung Wertpapierbörse statt am Montag, den 24. Oktober, Mittwoch, den 26. Oktober, Frei-tag, den 28. Oktober d. J. Davon sind Montag und Freitag voll-börser. Am Mittwoch, den 26. Oktober d. J., werden nur für die zur fortlaufenden Notierung der tatsächlichen Umsätze zugelassenen Wertpapiere Kurse festgesetzt.

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten im September er-fuhr nach statistischen des amerikanischen Handelsdepartements dem Werte nach erneut einen Rückgang. Die Septembererausfuhr hatte einen Wert von 825 000 000 Dollar; das sind noch 5 000 000 Dollar weniger als im Juli, wo die Ausfuhr den bisher niedrigsten Stand des Jahres erreicht hatte.

(1) Angaben nicht vorhanden. * Schätzungen. ** Zahlen für 1919.

